

Inflation und Arbeitslosigkeit in Westeuropa. Eine spieltheoretische Interpretation

Author(s): Fritz W. Scharpf

Source: *Politische Vierteljahresschrift*, März 1988, Vol. 29, No. 1 (März 1988), pp. 6-41

Published by: Springer

Stable URL: <http://www.jstor.com/stable/24197446>

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



Springer is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Politische Vierteljahresschrift*

JSTOR

ABHANDLUNGEN

Inflation und Arbeitslosigkeit in Westeuropa. Eine spieltheoretische Interpretation¹

Fritz W. Scharpf

Gestützt auf eine Untersuchung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Österreich, Großbritannien, Schweden und der Bundesrepublik versucht der Aufsatz, eine Erklärung des Erfolgs oder Mißerfolgs makroökonomischer Steuerung während der Stagflationsperiode der siebziger Jahre zu formulieren. Aus einer ökonomischen Analyse läßt sich ableiten, daß damals die Kombination von hoher Inflation und steigender Arbeitslosigkeit vermieden werden konnte, wenn eine „keynesianische Konzertierung“ zwischen fiskalischer und monetärer Expansion und gewerkschaftlicher Lohnzurückhaltung zustande kam. Die Bedingungen dafür lassen sich spieltheoretisch darstellen als Verknüpfung zwischen einem „wirtschaftspolitischen Koordinationsspiel“ zwischen Gewerkschaften und Staat auf der einen Seite und einem „Politikspiel“, in dem die Regierung die wahrscheinliche Reaktion unterschiedlicher Wählerschichten auf die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik zu antizipieren sucht. Die Analyse zeigt, daß die monetaristische Politik konservativer Regierungen politisch leichter zu stabilisieren war als die keynesianische Politik sozialdemokratischer Regierungen.

1. Einführung

Im Vergleich zum vorangehenden Jahrzehnt waren die mittleren und späten siebziger und die frühen achtziger Jahre für alle hochindustrialisierten westlichen Länder eine schwierige Periode mit halbiertem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, verdoppelten Arbeitslosenquoten und verdoppelten Inflationsraten (*Tabelle 1*). Interessanterweise nahm jedoch, während die durchschnittlichen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik sich nach 1973 verschlechterten, bei den meisten Erfolgsindikatoren auch der Abstand zwischen den relativ erfolgreichen und den weniger erfolgreichen Ländern zu. Noch bemerkenswerter erscheint die Tatsache, daß die Unterschiede zwischen den Ländern sich auch nicht in die gängigen ökonomischen Erklärungsmuster einfügen scheinen (*Therborn*, 1986). Sogar der fast tautologische Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung war während der Krisenperiode nur schwach ausgeprägt

Tabelle 1: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Verbraucherpreis-Inflation 1963 (1968)–73 und 1973–83.

	BIP-Wachstum		Beschäftigung		Arbeitslosigkeit		Inflation	
	63 : 73	73 : 83	63 : 73	73 : 83	68 : 73	73 : 83	63 : 73	73 : 83
CAN	5,7	2,8	3,6	2,3	5,4	7,8	3,7	9,3
USA	4,1	2,2	2,6	1,9	4,6	7,1	3,6	8,3
JAP	9,8	4,2	1,5	0,9	1,2	2,0	6,2	8,2
AUS	5,6	2,5	3,3	0,9	2,0	5,5	4,0	11,2
NZ	4,0	2,0	2,4	1,1	0,3	1,9	5,4	13,4
A	5,1	2,6	-0,1	0,0	1,5	2,2	4,2	6,1
B	4,9	2,1	0,8	-0,7	2,5	7,9	4,1	8,0
CH	4,1	0,6	0,8	-0,7	—	0,4	4,5	4,7
D	4,4	1,9	0,0	-0,7	1,0	3,8	3,6	5,0
DK	4,0	1,7	1,4	0,0	1,0	6,9	6,3	10,4
F	5,5	2,6	0,9	0,1	2,5	5,4	4,7	10,9
SF	4,9	3,2	0,2	1,1	2,6	4,6	6,2	11,8
GB	3,3	1,6	0,2	-0,5	3,3	6,7	5,3	13,3
I	5,0	2,4	-0,5	0,7	5,7	7,3	4,9	16,2
N	4,3	3,9	1,7	1,8	1,7	2,0	5,3	9,4
NL	5,1	1,9	0,7	0,6	1,5	6,5	5,5	6,7
S	4,0	1,8	0,6	0,9	2,2	2,3	4,9	9,9
Durchschnitt	4,9	2,4	1,2	0,6	2,4	4,7	4,8	9,6
Spannweite*	1,4	0,9	1,2	0,9	2,2	1,6	0,9	3,1
Var. Koeff.**	0,3	0,4	1,0	1,6	0,7	0,5	0,2	0,3

* Spannweite = (Maximum – Minimum)/Durchschnitt

** Variationskoeffizient = Standardabweichung/Durchschnitt

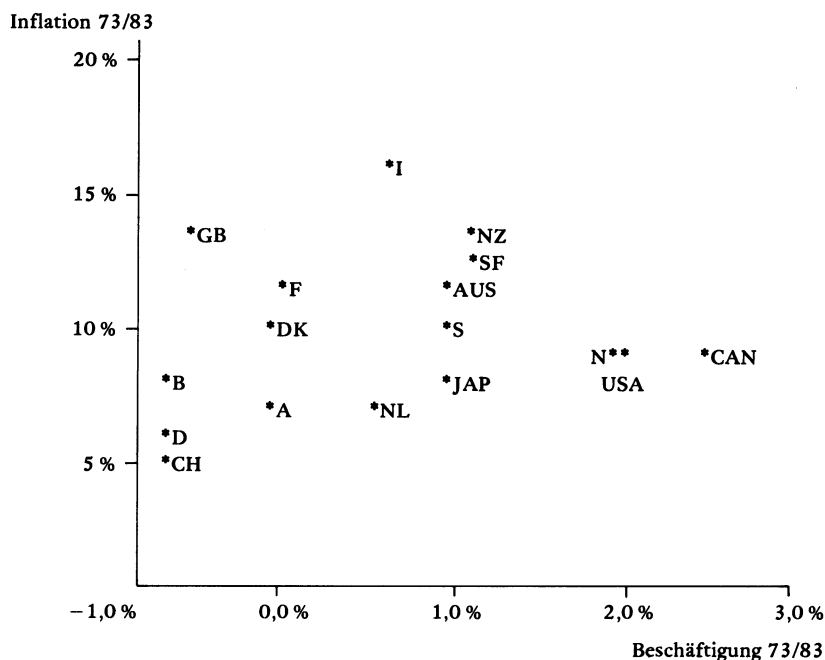
BIP 73–83 : Besch. 73–83 : $R^2 = 0,32$ BIP 73–83 : Infla. 73–83 : $R^2 = 0,02$ Besch. 73–83 : Infla. 73–83 : $R^2 = 0,06$ Besch. 73–83 : Aloq. 73–83 : $R^2 = 0,01$

Quelle: OECD Historical Statistics 1960–1984.

$(R^2 = 0,32)^2$ und zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum auf der einen Seite und dem Anstieg der Inflationsraten auf der anderen Seite gibt es weder einen eindeutig positiven Zusammenhang (wie ihn die an der „Phillipskurve“ orientierten Keynesianer erwartet hätten) noch einen negativen Zusammenhang (wie die Kritiker einer keynesianischen Wirtschaftspolitik oft unterstellten), sondern offenbar überhaupt keinen.

Ein Blick auf das Streudiagramm (*Abb. 1*) zeigt noch deutlicher, daß es bei negativer, konstanter oder positiver Beschäftigungsentwicklung jeweils Länder mit niedrigen, mittleren und mit hohen Inflationsraten gab – und für die anderen Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung gilt das gleiche. Konfrontiert mit der weltweiten Krise haben die Industrieländer unterschiedliche Leistungsprofile entwickelt. Manche haben offenbar einen Kompromiß zwischen mehreren Zielen der Wirtschaftspolitik gesucht, während andere für überdurchschnittliche Erfolge bei einem der Zielwerte mit besonders

Abbildung 1: Inflation und Beschäftigungsänderung 1973–1983



schlechten Ergebnissen bei einem anderen bezahlten – und einige haben auch in jeder Hinsicht vergleichsweise ungünstig abgeschnitten.

Für die Politikwissenschaft bot diese faszinierende Varianz die Chance, in einer Serie von international vergleichenden Studien die alte Frage nach der tatsächlichen Bedeutung politischer Variablen für die ökonomische Entwicklung neu aufzuwerfen. Zunächst konnte man zeigen, daß Länder, die von Parteien regiert wurden, die der Arbeiterbewegung nahestanden, im Durchschnitt niedrigere Arbeitslosigkeit und höhere Inflationsraten aufwiesen als Länder mit bürgerlichen Regierungen (*Hibbs 1977*). Als dieser für die sechziger Jahre nachgewiesene Zusammenhang sich in den siebziger Jahren abschwächte, verlagerte sich das Forschungsinteresse von der Parteipolitik auf die Existenz „tripartistischer“ Verhandlungssysteme zwischen den Spitzenverbänden von Kapital und Arbeit und dem Staat, deren Bedeutung für die „Regierbarkeit“ moderner Staaten in *Philippe Schmitter's* „Neokorporatismus“-Theorie postuliert worden war (1974; 1981). In einer ganzen Reihe von Studien konnte dann gezeigt werden, daß in den siebziger Jahren „korporatistische“ Länder mit starken, organisatorisch konzentrierten und zentralisierten Gewerkschaften und linken Regierungen wirtschaftlich besonders gut gefahren waren (*Cameron 1978, 1984; Schmidt 1982, 1983; Palohimo 1984; Lange/Garrett 1985*).

Aber wiederum haben die in einer Dekade erfolgreichen Erklärungen den Beginn des folgenden Jahrzehnts nicht lange überdauert. In den achtziger Jahren gerieten eini-

ge der früheren Musterländer in Schwierigkeiten, und einige Länder mit konservativen Regierungen und schwachen, organisatorisch zersplitterten Gewerkschaften schienen nun wirtschaftspolitisch besonders erfolgreich. In Reaktion darauf wurde das politisch-institutionelle Erklärungsmodell erneut revidiert und betont nun die funktionalen Äquivalenzen der arbeitnehmerorientierten Konzertierung zwischen Staat und Gewerkschaften und das „corporatism without labor“ nach japanischem Muster (*Schmidt 1986; Garret/Lange 1986; Wilensky/Turner 1987*).

Der rasche Wechsel der Hypothesen illustriert ein Dilemma der international vergleichenden Politikforschung, die es mit komplexen, interaktiven Makro-Phänomenen zu tun hat. Wenn sie sich auf breitangelegte und in die Tiefe gehende Fallstudien stützt, begrenzt der Forschungsaufwand die Zahl der in die Untersuchung einbezogenen Länder, und in der Annäherung an die reale Komplexität ihres Gegenstandes enden die Untersuchungen oft bei der zeitgeschichtlichen Deskription singulärer Ereignisse. Sucht die vergleichende Forschung stattdessen den quantitativ-statistischen Beweis theoriegeleiteter Hypothesen, so muß sie die größtmögliche Fallzahl anstreben.³ Diesen Weg sind die zitierten Arbeiten gegangen. Sie bezahlen dafür mit der Beschränkung auf Variablen, für die international standardisierte Indikatoren verfügbar sind und mit dem Zwang zur Anwendung radikal vereinfachender, auf wenige Faktoren beschränkter Hypothesen. Das kann gut gehen, wenn die Indikatoren theoretisch valide, wenn die einfachen Hypothesen als *Vereinfachung* einer induktiv „fundierten“ (*Glaser/Strauss 1967; Glaser 1978*) Theorie plausibel⁴ und wenn ihre kontextuellen Geltungsbedingungen erfüllt sind.⁵

Diese Voraussetzungen lagen offenbar bei den auf die sechziger Jahre bezogenen Untersuchungen vor: Die verfügbaren Indikatoren für Inflation und Arbeitslosigkeit und für die parteipolitische Orientierung der Regierungen waren in ihrer Validität kaum problematisch; und die Hypothese, der zufolge linke Regierungen aus Gründen der eigenen Ideologie und mit Rücksicht auf die Interessen ihrer Klientel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Vorrang geben mußten, war und ist offenbar empirisch gut fundiert (*MacRae 1977; Fiorina 1978; Tufte 1978; Hibbs 1982; Lowery 1985*). Wenn diese Hypothese sich in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr bestätigen ließ, dann wohl nicht deshalb, weil die ursprünglichen Forschungsergebnisse falsch gewesen wären oder weil die politischen Präferenzen der Arbeiterparteien sich in der Zwischenzeit geändert hätten. Stattdessen war eher zu vermuten, daß eine stillschweigend unterstellte (und in den sechziger Jahren offenbar erfüllte) Kontextbindung in den siebziger Jahren nicht mehr gegeben war – die Bedingung nämlich, daß die Wahl zwischen mehr Inflation und mehr Arbeitslosigkeit nur von den politischen Präferenzen der jeweiligen Regierungen abhing.

Sobald diese Möglichkeit in Betracht gezogen wird, erweist es sich als Nachteil, daß politikwissenschaftliche Untersuchungen des Zusammenhangs von Politik und Ökonomie sich um die zugrunde liegenden (und sich verändernden) ökonomischen Probleme in der Regel ebensowenig gekümmert haben, wie ökonomische Studien sich üblicherweise (aber mit erfreulichen Ausnahmen: *Flanagan/Soskice/Ulman 1983*) um die Unterschiede zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen der einzelnen Länder kümmern. Deshalb waren und sind sie im allgemeinen auch nicht in der Lage,

zwischen den Wirkungen unterschiedlicher oder geänderter ökonomischer Rahmenbedingungen auf der einen Seite und den (aus politikwissenschaftlicher Sicht interessanteren) Wirkungen unterschiedlicher institutioneller Arrangements und divergierender politischer Zielsetzungen auf der anderen Seite analytisch und empirisch zu unterscheiden. Aber so schwierig es auch sein mag: Unsere politologischen Hypothesen müssen die kritischen ökonomischen Randbedingungen ihrer Geltung einbeziehen, wenn sie nicht immer wieder durch deren Veränderung außer Geltung gesetzt werden sollen. Die Schwäche des Korporatismus-Ansatzes in der vergleichenden politischen Ökonomie liegt deshalb aus meiner Sicht nicht einmal in erster Linie bei den allfälligen Unschärfen der Definition und der Indikatorbildung für die als unabhängige Variable eingeführten institutionellen Bedingungen (*Therborn* 1986: 98–101), sondern vor allem in der unzureichenden theoretischen Verknüpfung zwischen diesen und den als abhängige Variable erfaßten ökonomischen Ergebnissen.

In meinem eigenen Verständnis (*Scharpf* 1981) können institutionelle Bedingungen, da sie ja Kreativität und Zufall im politischen Prozeß nicht beseitigen, auch die Ergebnisse von Politik nicht vollständig erklären. Sie konstituieren jedoch die organisatorische Identität und damit das institutionelle Eigeninteresse der politisch handelnden „korporativen Akteure“ (*Coleman* 1974) und deren Machtpotentiale, und sie definieren das „Repertoire“ von legitimierten und routinisierten Handlungsmöglichkeiten,⁶ aus denen komplexere „Strategien“ gebildet werden können, die dann unmittelbar auf die ökonomischen Sachverhalte einwirken. Wirtschaftspolitischen Erfolg haben also jene Länder, deren institutionell geprägtes Repertoire Strategien begünstigt, mit denen sie in der gegebenen wirtschaftlichen Situation ihre politisch präferierten Ziele erreichen können.

Die ökonomisch effektive Kausalbeziehung verläuft also in der Dimension Wirtschaftslage-Strategie-Wirkungen. Sie wird indirekt beeinflusst durch die institutionelle Beschränkung des Repertoires der wählbaren Strategien und durch den Einfluß politisch-ökonomischer Ziele und Situationsbedeutungen auf die Auswahl unter diesen. Wenn man also die Wirkung institutioneller Bedingungen auf den wirtschaftspolitischen Erfolg mit den Methoden des quantifizierenden Vergleichs nachweisen will, dann muß man die Einflüsse der wechselnden ökonomischen Rahmenbedingungen und der unterschiedlichen politischen Prioritäten und Weltansichten entweder statistisch neutralisieren oder durch eine kontrollierte Fallauswahl konstant halten.

Aber damit nicht genug. Der empirische Test scheitert oft an der grundsätzlichen Schwierigkeit, daß sowohl die politischen Ziele und Perzeptionen als auch das institutionalisierte Handlungsrepertoire der Politik (und – soweit national beeinflussbar – auch die wirtschaftliche Lage selbst) nur bei kurzfristiger Betrachtung als modell-exogene unabhängige Variable behandelt werden können, aber längerfristig stark miteinander interagieren. Insbesondere kommt es bei stabiler internationaler Wirtschaftslage zu konvergierenden wechselseitigen Anpassungen des Handlungsrepertoires und der Ziele der nationalen Wirtschaftspolitik, die eine dauerhafte „Dissonanz“ zwischen dem politisch Gewollten und dem ökonomisch und institutionell Machbaren unwahrscheinlich machen.⁷

Günstige Bedingungen für den empirischen Nachweis der ökonomischen Wirkung poli-

tischer Institutionen bieten sich jedoch dann, wenn die weltwirtschaftliche Lage sich plötzlich ändert, während die Politik noch an den früheren Zielen festhält, und während institutionelle Trägheit eine rasche Anpassung des Handlungsrepertoires verhindert (Hannan/Freeman 1977, 1984). Dann ist es denkbar, daß die in der neuen Situation potentiell erfolgreichen Strategien in allen Ländern versucht und in einigen auch realisiert werden, während sie in anderen an den (noch) gegebenen institutionellen Restriktionen scheitern. Insofern war aus der – zugegebenermaßen zynischen – Perspektive des wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses die weltweite Wirtschaftskrise, die in der Dekade nach 1973 alle Industrieländer mit denselben externen Schocks konfrontierte, ein besonders theorträchtiges „natürliches Experiment.“ Aber die damit gebotene Chance kann von der Forschung nur genutzt werden, wenn dem quantifizierenden Vergleich fundierte theoretische Modelle zugrunde gelegt werden, die bei allem Streben nach radikaler Vereinfachung doch die wesentlichen Einflußfaktoren und Kontextbedingungen des realen Wirkungszusammenhangs abzubilden versuchen. Der Versuch, ein solches Modell zu formulieren, soll im folgenden unternommen werden.

2. Das zu erklärende „Rätsel“

Der Versuch stützt sich auf Fallstudien zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik von vier westeuropäischen Ländern, nämlich der Bundesrepublik, Großbritannien, Österreich und Schweden (Scharpf 1981, 1984, 1987b).⁸ Sie boten sich für einen kontrollierten Vergleich nach dem (möglichst viele Einfluß-Variablen konstant haltenden) „Most-similar-systems“-Prinzip (Przeworski/Teune 1970) deshalb an, weil ihre ökonomische Ausgangslage am Vorabend der Krise ziemlich ähnlich war (Tabelle 2), und weil sie in den kritischen ersten Jahren nach 1973 von sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien regiert wurden, die auf die Priorität des Vollbeschäftigungsziels⁹ politisch festgelegt waren.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Erfolgsindikatoren 1973 (%)

1973	Österreich	Deutschland	Großbritannien	Schweden
BIP-Wachstum	4,9	4,7	7,6	4,0
BIP-Inflation	7,6	6,4	7,1	7,0
Arbeitslosigkeit	1,1	0,8	3,0	2,5

Quelle: OECD Historical Statistics 1960–1984.

Großbritannien sah damals noch gar nicht wie das Opfer der „englischen Krankheit“ aus und erzielte sogar das höchste Wirtschaftswachstum bei vergleichsweise immer noch moderater Inflation. Im direkten Vergleich hätte man sich wohl eher um Österreich und Schweden Sorgen machen können. Aber unmittelbar nachdem der erste Ölpreisschock im Herbst 1973 den Beginn der akuten Krisenperiode signalisiert hatte, fingen die vier Länder an, sich wirtschaftlich auseinander zu entwickeln (Tabelle 3).

Tabelle 3: Durchschnittliche Erfolgsindikatoren 1974–79 (%)

1974–1979	Österreich	Deutschland	Großbritannien	Schweden
BIP-Wachstum	2,9	2,3	1,5	1,8
BIP-Inflation	6,0	4,8	16,0	10,6
Arbeitslosigkeit	1,8	3,2	5,0	1,9

Quelle: OECD Historical Statistics 1960–1984.

Am ungünstigsten war nun tatsächlich die britische Entwicklung mit dem geringsten Wachstum, der weitaus höchsten Inflation und der höchsten Arbeitslosigkeit, während Österreich mit dem höchsten Wirtschaftswachstum, der niedrigsten Arbeitslosigkeit und der zweitniedrigsten Inflationsrate jetzt rundum am besten abschnitt. Noch interessanter ist der Gegensatz zwischen den beiden anderen Ländern: In der Bundesrepublik nahm im Vergleich zu 1973 die Arbeitslosigkeit sogar noch stärker zu als in Großbritannien, während die Inflation niedriger war als in allen anderen OECD-Ländern. Schweden dagegen konnte während der ersten fünf Krisenjahre die Arbeitslosigkeit sogar noch vermindern, hatte aber unter zweistelligen Inflationsraten zu leiden.

Mein Versuch, dieses Rätsel zu erklären, beginnt mit einem knappen Überblick über die in der damaligen Lage objektiv verfügbaren und die in den vier Ländern tatsächlich verfolgten Strategien der makroökonomischen Politik.¹⁰ Erst auf dieser Grundlage kann genauer bestimmt werden, welche Unterschiede der wirtschaftspolitischen Strategie und der durch diese beeinflussten ökonomischen Entwicklung überhaupt einer politisch-institutionellen Erklärung bedürfen. Diese Erklärung suche ich dann mit den Mitteln der Spieltheorie zu formulieren.

3. Ökonomische Probleme und strategische Optionen nach 1973

Für die Industrieländer insgesamt war das dominante ökonomische Problem der siebziger Jahre die „Stagflation“ – das seit der frühen Nachkriegszeit nicht mehr gekannte Zusammentreffen von Massenarbeitslosigkeit und ungewöhnlich hohen Inflationsraten. Die daraus für die Wirtschaftspolitik erwachsenden Schwierigkeiten werden deutlicher, wenn wir zwischen Ursachen auf der Nachfrage- und auf der Angebotsseite des Marktes für Güter und Dienstleistungen unterscheiden (*Malinvaud 1977*). Dementsprechend kann Inflation entweder durch Nachfragesog oder durch Kostendruck ausgelöst werden, und Arbeitslosigkeit kann entweder „keynesianisch“ oder „klassisch“ sein – wenn die Unternehmen entweder durch mangelnde Nachfrage davon abgehalten werden, bei gegebenen Löhnen und Preisen mehr zu produzieren und mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, oder wenn höhere Produktion und höhere Beschäftigung bei gegebenen Löhnen und Preisen für die Unternehmen nicht rentabel wären (*Abb. 2*).

In den frühen siebziger Jahren hatte die Weltwirtschaft zunächst mit (von den Vereinigten Staaten ausgehender) Nachfragesog-Inflation zu kämpfen gehabt, die dann als

Abbildung 2: Typologie der makroökonomischen Problemlagen

Art des Problems	Problemursache	
	nachfrageseitig	angebotsseitig
Inflation	Nachfragesog-Inflation	Kostendruck-Inflation
Arbeitslosigkeit	Nachfragemangel- (keynesianische) Arbeitslosigkeit	Gewinnlücken- (klassische) Arbeitslosigkeit

Folge der Rohstoffhausse und des ersten Ölpreisschocks durch eine noch stärkere Kostendruck-Inflation abgelöst wurde. Zugleich bedeutete die Steigerung der Rohölpreise um das Zwölfwache einen erheblichen Kaufkraftentzug in den Industrieländern, der zumindest kurzfristig nicht durch die höhere Import-Nachfrage der OPEC-Länder ausgeglichen wurde. Wenn diese Nachfragemängel nicht kompensiert werden konnte, war also mit keynesianischer Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Auf diese Kombination von Kostendruck-Inflation und Nachfragemangel-Arbeitslosigkeit war die makroökonomische Wirtschaftspolitik nicht eingerichtet. Ihre wichtigsten Instrumente, die Fiskalpolitik und die Geldpolitik, wirken beide auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und lösen nur sekundäre, und im allgemeinen verzögerte und schwächere Wirkungen auf der Angebotsseite aus. Unter den Bedingungen der Stagflation bedeutete dies, daß die Regierungen nur entweder die Arbeitslosigkeit mit einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik bekämpfen oder aber versuchen konnten, den Kostenüberwälzungs-Spielraum der Unternehmen durch eine monetäre und fiskalische Nachfrage-Dämpfung zu beschneiden. Sie konnten also nicht gegen Inflation und Arbeitslosigkeit zugleich vorgehen. Schlimmer noch, der Versuch, das eine Übel zu bekämpfen, mußte zugleich das andere verschlimmern (Abb. 3).

Abbildung 3: Wirkungen der Geld- und Fiskalpolitik bei Stagflation

Geld- und Fiskalpolitik	Nachfragemangel- Arbeitslosigkeit	Kostendruck- Inflation
expansiv	hilft viel	schadet
restriktiv	schadet viel	hilft

Das Dilemma ließ sich nur dann vermeiden, wenn die Wirtschaftspolitik nicht auf die Mittel der Geld- und Fiskalpolitik beschränkt blieb, sondern auch in der Lage war, die Kostenentwicklung der Unternehmen zu beeinflussen. Das potentiell wichtigste Instrument dafür war und ist die Einflußnahme auf die Lohnsätze, die zwar ebenfalls die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflussen, aber eine noch größere „angebotsseitige“ Wirkung auf die Produktionskosten und die Unternehmensgewinne haben (Abb. 4).

Abbildung 4: Wirkungen der Lohnpolitik bei Stagflation

	Nachfragemangel- Arbeitslosigkeit	Kostendruck- Inflation
Lohnpolitik offensiv	nützt	schadet viel
gemäßigt	schadet	hilft viel

Ganz unabhängig von der Streitfrage, ob „zu hohe Löhne“ für die Preissteigerungen der frühen siebziger Jahre ursächlich gewesen waren, mußte die staatliche Wirtschaftspolitik also auf eine Mäßigung des Lohnanstiegs¹¹ dringen, um auf diese Weise den Kostendruck auf die Unternehmen zu mildern und die emporschnellenden Inflationsraten zu dämpfen.¹² Im „Austausch“ dagegen war die (vom Zwang zur Inflationsbekämpfung befreite) Regierung dann in der Lage, ihre eigenen geld- und fiskalpolitischen Instrumente zur Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zur Erhaltung der Vollbeschäftigung einzusetzen. Nur wenn diese optimale „Konzertierung“ zwischen staatlicher und gewerkschaftlicher Politik gelang, war es selbst unter den Krisenbedingungen der siebziger Jahre (aber nicht in den achtziger Jahren¹³) möglich, sowohl den steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit als auch die Eskalation der Inflationsraten zu vermeiden. Wenn stattdessen die Gewerkschaften eine offensive Lohnpolitik verfolgten, mußte sich die Inflation fortsetzen; und wenn die Regierung nicht zu einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik bereit war, mußte die Arbeitslosigkeit ansteigen (Abb. 5).

Abbildung 5: Inflation und Arbeitslosigkeit als Ergebnis staatlicher und gewerkschaftlicher Strategien unter Stagflationsbedingungen

	Lohnpolitik	
	gemäßigt	offensiv
Geld- und Fiskalpolitik expansiv	Inflation: gemäßigt Arbeitslosigkeit: niedrig	Inflation: sehr hoch Arbeitslosigkeit: niedrig
restriktiv	Inflation: niedrig Arbeitslosigkeit: hoch	Inflation: hoch Arbeitslosigkeit: sehr hoch

Ein Blick auf die tatsächlichen Koordinationsmuster zwischen der staatlichen Geld- und Fiskalpolitik und der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (Abb. 6) zeigt freilich, daß in den Jahren nach 1974 die gesamtwirtschaftlich optimale Konzertierung (in der linken oberen Zelle der Koordinationsmatrizen) nur selten erreicht wurde.

Abbildung 6: Wirtschaftspolitische Koordination Staat/Gewerkschaften 1974–82

		Gewerkschaftliche Lohnpolitik (moderat/offensiv)										
Staatliche Politik		m	o	m	o	m	o	m	o			
expansiv	restriktiv	0		X		X		X				
											0	
		Österreich (A)										
expansiv	restriktiv					X		X				
			0	0							0	
		BR Deutschland (D)										
expansiv	restriktiv		0	X								
							0		0		0	
		Großbritannien (GB)										
expansiv	restriktiv		0			X		X				
					0						0	
		Schweden (S)										
		1974	1976	1978	1980	1982						

(a) Im Jahre 1974 reagierte der Staat in allen Ländern mit Ausnahme der Bundesrepublik auf die beginnende Krise mit einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik – und selbst in der Bundesrepublik war die fiskalpolitische Reaktion von Bund und Ländern zunächst eindeutig expansiv. Der insgesamt restriktive Einfluß des Staates auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ging hier auf die Geldpolitik der Bundesbank zurück. Gleichzeitig setzten in allen Ländern die Gewerkschaften ihre mehr oder weniger offensive Lohnpolitik zunächst fort. Im Ergebnis wurde deshalb fast überall die Beschäftigung stabilisiert, während die Inflationsraten weiter stiegen. In der Bundesrepublik allerdings kam es 1974 und 1975 zu sehr hohen Beschäftigungsverlusten, während der Preisanstieg schon 1974 gestoppt werden konnte.

(b) Zwei Jahre später, 1976 hatten dann die Gewerkschaften die Implikationen der Krise begriffen und waren fast überall zu einer gemäßigeren Lohnpolitik übergegangen (Tabelle 4). Der Umschwung setzte in der Bundesrepublik und in Österreich am frühesten ein. Besonders dramatisch war er in Großbritannien, wo die Inflationsrate 1975 über 25 % gelegen hatte, und wo im folgenden Jahr der „Social Contract“ zwischen der Labour-Regierung und dem Trades Union Congress die zulässige Lohn- oder Gehaltserhöhung für jedermann auf den Festbetrag von sechs Pfund pro Woche beschränkte. Nur die schwedischen Gewerkschaften hielten noch an ihrer offensiven Strategie fest, während die nach mehr als vierzig Jahren sozialdemokratischer Herrschaft im Herbst 1976 ins Amt gekommene bürgerliche Koalitionsregierung an der Vollbeschäftigungspolitik ihrer Vorgänger festhielt.

(c) Nach weiteren zwei Jahren hatten sich 1978 die Bedingungen der wirtschaftspolitischen Koordination in der Bundesrepublik und in Schweden verbessert und in

Tabelle 4: Verbraucherpreis-Inflation und Anstieg der Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe, 1974–1980 (in %)

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
<i>Österreich</i>							
Inflation	9,5	8,4	7,3	5,5	3,6	3,7	6,4
Lohnstückkosten	9,7	15,1	0,5	5,6	1,2	-1,8	5,9
<i>Deutschland</i>							
Inflation	7,0	6,0	4,5	3,7	2,7	4,1	5,5
Lohnstückkosten	9,1	6,8	0,6	5,3	5,0	2,4	7,3
<i>Großbritannien</i>							
Inflation	16,0	24,2	16,5	15,8	8,3	13,4	18,0
Lohnstückkosten	24,0	32,6	12,7	11,7	14,9	17,2	21,0
<i>Schweden</i>							
Inflation	9,9	9,8	10,3	11,4	10,0	7,2	13,7
Lohnstückkosten	12,9	19,3	16,7	11,1	8,3	-0,1	9,3

Quelle: OECD Historical Statistics 1960–1985.

Großbritannien erneut verschlechtert. Nachdem die deutsche Inflationsrate unter 3 % gefallen war, konnte die Bundesregierung dem amerikanischen Druck auf dem Bonner Gipfel im Sommer 1978 nachgeben (*Putnam/Baines* 1984) und auch die Bundesbank zur Mitwirkung an einer fiskalischen und monetären Erhöhung der Binnennachfrage bewegen. Da auch die Gewerkschaften bei ihrer gemäßigten Lohnpolitik blieben, profitierte die Beschäftigungsentwicklung noch bis zum Jahre 1980 von dieser deutschen „Lokomotivenpolitik“. Umgekehrt waren in Schweden nun die Gewerkschaften erstmals zur Mäßigung bereit, während die Regierung an ihrer Vollbeschäftigungspolitik festhielt.

Im Gegensatz dazu hatte sich die britische Labour-Regierung unter dem Druck einer Zahlungsbilanzkrise zu einer halbherzigen Restriktionspolitik entschlossen, obwohl die Arbeitslosigkeit erheblich gestiegen war. Die Inflationsrate fiel dadurch zwar unter die 10 %-Marke, aber der Versuch der Regierung, den endgültigen Sieg über die Inflation durch eine Verlängerung des lohnpolitischen Stillhalte-Abkommens zu erzwingen, überforderte nun die Organisationsdisziplin der Gewerkschaften. Massenstreiks legten im Winter 1978/79 die gesamten öffentlichen Dienste und Versorgungssysteme still, und die hohen Lohnsteigerungen, mit denen ihre Beendigung schließlich erkaufte wurde, trieben die Inflationsraten erneut in die Höhe und bereiteten den Weg für *Margaret Thatchers* ersten Wahlsieg im Frühjahr 1979.

(d) 1980 war dann die britische Politik auf einem harten, monetaristischen Restriktionskurs, während die Gewerkschaften zunächst noch an der offensiven Lohnpolitik festhielten, die zum Sturz der Labour-Regierung geführt hatte. Im Ergebnis stieg deshalb die Inflation weiter an, während nun auch die Arbeitslosenquote über die 10 %-Marke emporschnellte. Die drei anderen Länder dagegen hielten einstweilen noch an der 1978 erreichten optimalen Konzertierung zwischen Staat und Gewerkschaften fest, obwohl sich die internationale Wirtschaftslage unter dem doppelten Schock der zweiten Ölpreiskrise und der amerikanischen Konversion zum Monetarismus rapide verschlechterte.

(e) Bis 1982 hatten sich dann aber die Veränderungen in der internationalen ökonomischen Umwelt in allen vier Ländern durchgesetzt. Die Geldpolitik war jetzt überall auf Restriktionskurs, und selbst die immer noch oder wieder sozialdemokratischen Regierungen in Österreich und Schweden versuchten nun unter dem Druck eines eskalierenden Zinsdienstes die Haushaltsdefizite abzubauen. Gleichzeitig praktizierten die Gewerkschaften – sei es aus Einsicht oder unter dem Druck der rasch steigenden Arbeitslosigkeit – in allen vier Ländern eine Politik nicht nur der Lohnzurückhaltung, sondern des effektiven Reallohnverzichts. Kurz: Die Unterschiede zwischen den wirtschaftspolitischen Strategien der vier Länder waren nun faktisch verschwunden.¹⁴

4. Die Handlungsperspektiven der makro-ökonomischen Akteure

In den siebziger Jahren jedoch hatten die westeuropäischen Länder noch die Wahl zwischen verschiedenen makroökonomischen Strategien, deren Ergebnisse sich deutlich voneinander unterschieden. Weshalb also waren nicht alle in der Lage gewesen, jene optimale Konzertierung zwischen staatlicher Nachfrage-Expansion und gewerkschaftlicher Lohnzurückhaltung zu verwirklichen, welche damals die Vollbeschäftigung und die Preisstabilität zugleich gesichert hätte?

Die Schwierigkeiten waren nicht in erster Linie kognitiver Art: Nach anfänglichen Fehleinschätzungen hat man in allen vier Ländern sowohl die doppelte Bedrohung durch Kostendruck-Inflation und Nachfragemangel-Arbeitslosigkeit als auch die strategischen Erfordernisse einer optimalen Konzertierung richtig verstanden. Die Wirtschaftspolitik war damals auch noch nicht gelähmt durch die monetaristische Doktrin von der realen Wirkungslosigkeit einer Nachfrage-Ausweitung oder durch das Dogma, daß die Löhne ebenso wie andere Preise ausschließlich durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden sollten. Die Geltung von kollektiven Tarifverträgen war in allen vier Ländern unbestritten, und Löhne wurden überall als ein „politischer Preis“ behandelt, der – in gewissen Grenzen – auch durch wirtschaftspolitische Erwägungen beeinflusst werden konnte. Freilich war man sich auch darin einig – in Großbritannien sogar aufgrund einer expliziten Vereinbarung zwischen der Labour Party und dem Trades Union Congress (Crouch 1982; Bornstein/Gourevitch 1984) – daß die Kooperation der Gewerkschaften nicht erzwungen werden konnte. Die Erfahrungen mit den britischen und amerikanischen Lohn- und Preiskontrollen der sechziger und frühen siebziger Jahre waren so negativ gewesen (Frye/Gordon 1981), daß nur eine freiwillige Lohnzurückhaltung ernstlich in Betracht kam (Flanagan u. a. 1983).

Aber wenn denn die ökonomischen Probleme und Lösungsmöglichkeiten im Prinzip klar waren, weshalb wurde dann die optimale Konzertierung nicht überall erreicht? Die Erklärung liegt, so meine ich, in der Tatsache begründet, daß die makroökonomische Theorie nicht identisch ist und auch nicht identisch sein kann mit den handlungsleitenden Perspektiven jener „korporativen Akteure“, deren Handeln tatsächlich über die strategischen Optionen der Wirtschaftspolitik verfügt. Jeder von ihnen hat sein eigenes Konzept einer wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie, das nicht nur von unter-

schiedlichen politisch-ökonomischen Ideologien beeinflusst wird, sondern auch von den je besonderen Perspektiven, die sich mit der eigenen Funktion verbinden („you stand where you sit“ – *Don K. Price*) und mit den zugehörigen Interessen am Überleben und Gedeihen der eigenen Organisation, aber auch an der eigenen Wiederwahl und der eigenen Karriere. Wenn man zu radikaler Vereinfachung bereit ist, kann man die maßgeblichen Handlungsorientierungen der makroökonomischen Politik vielleicht auf drei reduzieren – die der gewählten Regierung, die der Zentralbank und die der Gewerkschaften.¹⁵

Die Perspektive der *gewählten Regierungen* wird im allgemeinen der Sichtweise der makroökonomischen Theorie am nächsten kommen. In modernen Konkurrenzdemokratien werden Regierungen insbesondere für Inflation und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht (und darüber hinaus für Steuererhöhungen, Haushaltsdefizite, Zahlungsbilanzkrisen und Abwertungen). Ihre Sicht sollte also etwa der oben (*Abb. 5*) dargestellten Problem-Matrix entsprechen.¹⁶ Die *Gewerkschaften* dagegen, auf deren Kooperation eine erfolgreiche Politik gegen die Stagflation angewiesen ist, müssen das Koordinationsproblem anders sehen (*Abb. 7*). Zwar ist Arbeitslosigkeit, oder jedenfalls die Drohung steigender Arbeitslosigkeit, für sie und ihre beschäftigten Mitglieder ein noch dringenderes Problem als für die Regierungen, aber Inflation ist nicht ihre vorrangige Sorge. Stattdessen geht es ihnen (solange nicht die Sorge um die Arbeitsplätze den Vorrang gewinnt) primär um die Erhöhung der Realeinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer.¹⁷

Abbildung 7: Makroökonomische Koordination aus Sicht der Gewerkschaften

		<i>Lohnpolitik</i>	
		gemäßigt	offensiv
<i>Geld- und Fiskalpolitik</i>	expansiv	Reallohn-Anstieg: niedrig Arbeitslosigkeit: niedrig	Reallohn-Anstieg: mittel Arbeitslosigkeit: sehr niedrig
	restriktiv	Reallohn-Anstieg: mittel Arbeitslosigkeit: hoch	Reallohn-Anstieg: hoch Arbeitslosigkeit: sehr hoch

Falls die *Zentralbank* unabhängig genug ist, um eine gegenüber der gewählten Regierung eigenständige Handlungsperspektive zu entwickeln, hat für sie die Verteidigung der Preisstabilität Vorrang. Ihr zweites Interesse gilt vermutlich der Sicherung der Kapitaleinkommen,¹⁸ deren Rückgang Kapitalflucht und damit sinkende Wechselkurse und steigende Inflationsraten nach sich ziehen könnte (*Abb. 8*).

Abbildung 8: Makroökonomische Koordination aus Sicht der Zentralbank

		<i>Lohnpolitik</i>	
		gemäßigt	offensiv
<i>Geld- und Fiskalpolitik</i>	expansiv	Inflation: mittel Kapitaleinkommen: mittel	Inflation: sehr hoch Kapitaleinkommen: niedrig
	restriktiv	Inflation: niedrig Kapitaleinkommen: sehr hoch	Inflation: hoch Kapitaleinkommen: mittel

5. Zwei makroökonomische Koordinationsspiele

Die möglichen Wirkungen der makroökonomischen Koordination werden also von den beteiligten korporativen Akteuren unterschiedlich gesehen und unterschiedlich bewertet. Die Implikationen dieser Sichtweisen für die wahrscheinlichen Strategien einer jeden Seite und für das Gesamtergebnis können in der Form einer spieltheoretischen „Auszahlungsmatrix“ dargestellt und verdeutlicht werden.¹⁹ Für die Zentralbank beispielsweise ergibt die konsistente Präferenz für weniger Inflation und höhere Kapitalerträge eine eindeutige Rangfolge in der Bewertung der Ergebnisse, während die Gewerkschaften und die Regierung vor Zielkonflikten stehen. Immerhin kann man aus der objektiven Interessenlage der Gewerkschaften doch eine konditionale Präferenzordnung ableiten: Bei Vollbeschäftigung werden sie höhere Reallohnsteigerungen vorziehen, während bei steigender Arbeitslosigkeit die Sicherung der Arbeitsplätze den Vorrang gewinnt.

Anders die gewählte Regierung, die für Inflation und Arbeitslosigkeit zugleich politisch verantwortlich gemacht wird. Sie möchte selbstverständlich beides zugleich vermeiden, aber wenn dies nicht möglich sein sollte, hat sie keine ein-für-allemal gültige Präferenzordnung. Zur Vereinfachung stelle ich diese Ambivalenz der Regierung in der Form von zwei unterschiedlichen Koordinationsspielen dar, die man „keynesianisch“ und „monetaristisch“ nennen könnte.²⁰ Beide werden zwischen Staat und Gewerkschaften gespielt.²¹ Sie unterscheiden sich nur durch die unterstellten Präferenzen der Regierung.²²

Im *keynesianischen Koordinationsspiel*, das nach 1973 in fast allen westlichen Ländern gespielt wurde, betrachtet die Regierung die Vermeidung von Arbeitslosigkeit als vorrangiges Ziel, während die Inflation als ein sekundäres, aber immer noch wichtiges Problem behandelt wird (Abb. 9). Dementsprechend ist die ökonomisch optimale Konzertierung zwischen gewerkschaftlicher Lohnzurückhaltung und staatlicher Nachfrageexpansion (Feld 1 der Koordinationsmatrix) aus ihrer Sicht eindeutig der beste Fall. Ebenso eindeutig der schlimmste Fall wäre die Kombination von staatlicher Deflationspolitik und offensiver Lohnpolitik, die zu sehr hoher Arbeitslosigkeit

Abbildung 9: Das keynesianische Koordinationsspiel

		Gewerkschaften	
		gemäßigt	offensiv
Staat	expansiv	(1) 1 2	(2) 2 1
	restriktiv	(3) 3 3	(4) 4 4

keit führen müsste (Feld 4). Die beiden verbleibenden Möglichkeiten liegen aus der Sicht einer keynesianischen Regierung zwischen diesen Extremen. Ihre Bewertung hängt ab von der jeweiligen Reaktion der Wähler auf das Inflationsproblem.

Aus der gewerkschaftlichen Interessenperspektive freilich ist die eindeutige Präferenz der Regierung (Feld 1) nur die zweitbeste Lösung. Solange die Regierung tatsächlich die Vollbeschäftigung sichert, entspricht dem Eigeninteresse der Gewerkschaften eine offensive Lohnpolitik, die bei niedriger Arbeitslosigkeit auch noch hohe Einkommenszuwächse erreicht (Feld 2). Das Ergebnis sind hohe Inflationsraten. Eine auf das keynesianische Spiel festgelegte Regierung könnte darauf jedoch nicht mit einer Änderung ihrer Strategie reagieren. Ginge sie über zur fiskalischen und monetären Restriktion, so hätte dies auf kurze Sicht nur geringe Wirkung auf die Kostendruckinflation, während ein rascher und steiler Anstieg der Arbeitslosigkeit – und damit das für die Regierung schlechteste Ergebnis – sicher wäre (Feld 4).

Aber das keynesianische Koordinationsspiel ist nicht das einzige, das der Spieler „Staat“ spielen kann. Wenn etwa die Zentralbank sich faktisch gegenüber der gewählten Regierung durchsetzen kann, oder wenn diese selbst bereit und politisch in der Lage ist, die Inflation als vorrangiges Problem zu behandeln und hohe Arbeitslosigkeit zu akzeptieren, dann kann sie auch das *monetaristische* Koordinationsspiel wählen. Unter diesen Umständen wird für die staatliche Seite die Kombination von niedriger Inflation und verhältnismäßig hoher Arbeitslosigkeit (Feld 3) zum optimalen Ergebnis, während Feld 2 mit sehr hohen Inflationsraten und niedriger Arbeitslosigkeit nun als schlimmster Fall erscheint (Abb. 10).

Abbildung 10: Das monetaristische Koordinationsspiel

		Gewerkschaften	
		gemäßigt	offensiv
Staat	expansiv	(1) 2 2	(2) 4 1
	restriktiv	(3) 1 3	(4) 3 4

Sobald aber der Staat das monetaristische Spiel spielt, verschlechtern sich die Optionen der Gewerkschaften. Wenn sie bei ihrer offensiven Lohnpolitik bleiben, erreichen sie das aus ihrer Sicht ungünstigste Ergebnis (Feld 4), bei dem die von der Regierung verursachte Nachfragemangel-Arbeitslosigkeit und die durch hohe Lohnsteigerungen bewirkte Gewinnlücken-Arbeitslosigkeit zusammentreffen. Unter dem Druck der Arbeitsplatzverluste bleibt den Gewerkschaften dann nichts anderes übrig, als im Interesse ihrer Mitglieder die Lohnforderungen zu reduzieren, um wenigstens das aus ihrer Sicht zweitschlechteste Ergebnis (Feld 3) zu erreichen. Für eine monetaristische Regierung wäre dies jedoch das beste Ergebnis, von dem abzugehen sie keinen Grund hätte.

Spieltheoretisch interpretiert hat also der Spieler „Staat“ jeweils eine dominante Strategie (Expansion im keynesianischen Spiel, Restriktion im monetaristischen) mit der Folge, daß es in beiden Spielen einen Gleichgewichtspunkt gibt, von dem keine Seite einseitig abrücken könnte, ohne ihr Ergebnis zu verschlechtern (*Rapport* u. a. 1976: 18). Das Ergebnis wird zwar in beiden Fällen durch die egoistisch-rationale Reaktion der Gewerkschaften auf die staatliche Strategie definiert, aber die zugrunde liegenden Machtrelationen könnten nicht unterschiedlicher sein: Im keynesianischen Spiel sind die Gewerkschaften stark, weil die Regierung die politische Verantwortung für die Vollbeschäftigung übernommen hat. Die Macht der Gewerkschaften verschwindet aber, wenn die Regierung das monetaristische Spiel zu spielen bereit ist. Während im keynesianischen Spiel die staatliche Politik von den Gewerkschaften ausgebeutet werden kann, um auf diese Weise ihr bestes Ergebnis zu erreichen, sind sie zur „Kollaboration“ mit der monetaristischen Politik gezwungen, um auf diese Weise wenigstens das schlimmstmögliche Ergebnis zu vermeiden.²³ Unter den ökonomischen Randbedingungen der siebziger Jahre war deshalb „Gewerkschaftsmacht“ in erster Linie eine Funktion der Regierungspolitik.

6. Die Wahl zwischen den Koordinationsspielen

Wenn beide Spiele jeweils zu einem Gleichgewicht tendieren, dann muß eine Erklärung der wirtschaftspolitischen Entwicklung in den siebziger Jahren sich auf jene Faktoren konzentrieren, die die Wahl zwischen dem keynesianischen und dem monetaristischen Koordinationsspiel bestimmten. In drei der vier Untersuchungsländer lag diese Wahl bei der Regierung. Anders in der Bundesrepublik: Hier war zu Beginn der Krisenperiode die „keynesianische“ Reaktion der Fiskalpolitik von Bund und Ländern in ihrer ökonomischen Wirkung neutralisiert worden durch die restriktive Geldpolitik der Bundesbank. Insofern findet also die deutsche „Sonderentwicklung“ in der Mitte der siebziger Jahre eine simple, aber im Prinzip zureichende institutionalistische Erklärung in der ungewöhnlich stark ausgeprägten institutionellen Autonomie der Notenbank (*Woolley* 1985; *Kloten* u. a. 1985) und in der taktischen Brillanz, mit der diese ihre monetaristische Wende exekutierte, ohne den offenen politischen Konflikt mit der Regierung und mit den Gewerkschaften zu riskieren (*Scharpf* 1987b: 165–177). Wenn in den Folgejahren in der Bundesrepublik doch noch Vollbeschäftigungs-

politik stattfand, dann als „Keynesianismus auf Bewährung“, der von der Bundesbank sofort widerrufen wurde, als der zweite Ölpreisschock die Inflationsraten erneut steigen ließ.

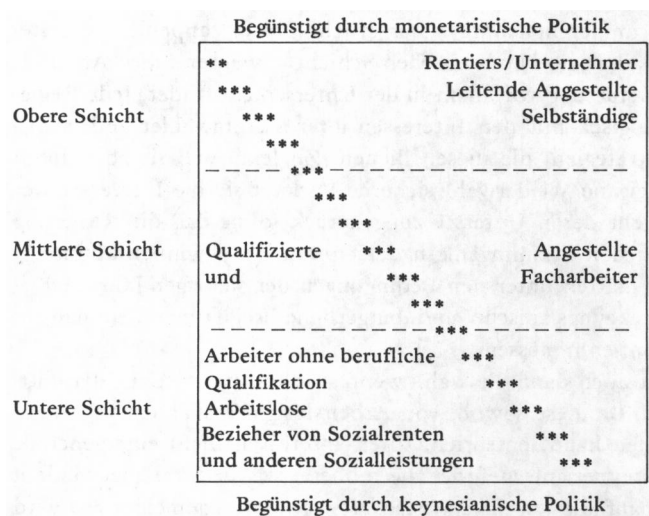
Wenn wir also den deutschen Sonderfall nun beiseite lassen, welche Faktoren können dann die Wahl zwischen Keynesianismus und Monetarismus in den anderen Ländern erklären? In der Literatur gibt es dazu vor allem zwei Theorieansätze: Aus einer „klassentheoretischen“ Perspektive hängt die Wahl der keynesianischen Strategie in erster Linie von der Ideologie linker Regierungsparteien und den ökonomischen Interessen der sie stützenden Wählergruppen ab (*Hibbs* 1977, 1982; *Fiorina* 1978; *Tufte* 1978) bzw. von den „Machtressourcen der Arbeiterbewegung“, durch die linke Regierungen begünstigt werden (*Korpi* 1983; *Esping-Andersen* 1985). Die Theorie des „politischen Konjunkturzyklus“ dagegen (*Nordhaus* 1975; *McRae* 1977; *Frey/Schneider* 1978, 1979; *Lowery* 1985) stellt weniger auf die eigenen ideologischen Präferenzen der Regierung als auf die (antizipierende) Orientierung ihrer Politik an der erwarteten Wählerreaktion ab.²⁴ In der Annahme, daß die Wähler auf Arbeitslosigkeit stärker reagieren als auf Inflation, erwartet diese Theorie ein zyklisches Schwanken der Wirtschaftspolitik mit keynesianischem Deficit-spending zur Wirtschaftsankurbelung vor der Wahl und monetaristischer Restriktionspolitik zur Inflationsbekämpfung nach der Wahl.

Isoliert eingesetzt sind beide Modelle nicht besonders erklärungskraftig²⁵ – was auch nicht weiter verwundert, da sie ja beide nur die Motivation der Regierung erklären und die Bedingungen ignorieren, unter denen Regierungen in der Lage sind, die eigenen Präferenzen in höherem oder geringerem Maße auch in effektive Wirtschaftspolitik zu übersetzen. In der Kombination mit dem oben entwickelten Modell des wirtschaftspolitischen Koordinationsspiels zwischen Staat und Gewerkschaften können sie jedoch zu einem komplexeren Modell von größerer Erklärungskraft weiterentwickelt werden.

Nötig ist dazu die Erweiterung des spieltheoretischen Ansatzes durch die Möglichkeit einer Verknüpfung zwischen zwei Spielen (*Kelley* 1984; *Denzau* u. a. 1985; *Shepsle* 1986; *Putnam* 1986): In dem ersten „Koordinations-Spiel“ werden zwischen Staat und Gewerkschaften die Optionen der makroökonomischen Wirtschaftspolitik gewählt, während in dem zweiten „Politik-Spiel“²⁶ die Regierung auf die antizipierte positive oder negative Reaktion der Wähler auf die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik reagiert.²⁷

Des weiteren wird unterstellt, daß im „Politikspiel“ der Regierung nicht eine einheitliche Wählerschaft gegenübersteht, sondern daß unterschiedliche Wählergruppen auf ökonomische Entwicklungen unterschiedlich reagieren werden (*Abb. 11*). Im Streben nach Vereinfachung beschränke ich mich dabei auf drei sozio-ökonomische Schichten: Die Angehörigen der unteren Schicht verfügen nicht über nennenswertes Vermögen und sind für ihren Lebensunterhalt angewiesen auf relativ unsichere Arbeitsplätze im „sekundären Arbeitsmarkt“ (*Piore* 1979) und auf sozialstaatliche Transferleistungen. Die mittlere Schicht der qualifizierten Arbeiter und Angestellten bezieht ihren primären Lebensunterhalt aus verhältnismäßig sicheren Arbeitsverhältnissen im „primären Arbeitsmarkt“, aber sie bezieht auch in erheblichem Maße Gebrauchswerte und Geldeinkommen aus beträchtlichen Vermögensbeständen (*Miegel* 1981: 162–69).

Abbildung 11: Die Klassenbasis keynesianischer und monetaristischer Wirtschaftspolitik



Die obere Schicht schließlich, bestehend aus leitenden Angestellten, Angehörigen der freien Berufe, selbständigen Unternehmern und Rentiers²⁸ bezieht einen beträchtlichen oder überwiegenden Teil ihres Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und wird von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht unmittelbar betroffen.

Wenn diese Unterstellungen zutreffen, dann ist es plausibel, daß die untere Wählerschicht am meisten von einer monetaristischen Politik zu befürchten hat, welche die Arbeitslosigkeit ansteigen läßt und im Zuge einer restriktiven Fiskalpolitik die Sozialleistungen kürzt. Umgekehrt werden die Interessen der oberen Wählerschicht beeinträchtigt durch eine keynesianische Politik, welche die inflationäre Entwertung von Geldvermögen in Kauf nimmt, die Realzinsen senkt und überdies hohe gewerkschaftliche Lohnforderungen ermöglicht.

Während also oben und unten in der sozio-ökonomischen Schichtung eindeutige wirtschaftspolitische Präferenzen unterstellt werden können, erscheint die objektive Interessenlage der mittleren Wählerschicht eher ambivalent: Ihre Arbeitsplätze sind sicherer als die der Unterschicht, aber wenn die Arbeitslosigkeit ansteigt, und Unternehmen in Konkurs gehen, bedeutet hier die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes auch einen tieferen Fall und muß darum umso bedrohlicher erscheinen. Andererseits profitieren die Angehörigen der Mittelschicht zwar als Eigenheim-Besitzer von der inflationären Entwertung ihrer Hypothekenschulden, aber sie reagieren zugleich besonders negativ auf die mit rasch steigenden Preisen verbundene Verunsicherung aller ökonomischen Erwartungen.²⁹ Wenn jedoch Inflation und steigende Arbeitslosigkeit zugleich drohen, dann kann man vermuten, daß auch in der Mittelschicht die Angst vor der existenzbedrohenden Arbeitslosigkeit die politische Reaktion bestimmt.

Weiterhin muß das theoretische Modell noch mit Annahmen über die Reaktionsfunktion der politischen Parteien angereichert werden. Wenn man wiederum extrem vereinfacht, kann man von zwei Parteien oder Koalitionen mit unterschiedlicher Klassenbasis ausgehen.³⁰ Die (wie immer benannte) „bürgerliche Partei“ appelliert in erster Linie an die Wähler der oberen sozio-ökonomischen Schicht³¹, während die „Arbeiterpartei“ ihre politische Unterstützung vor allem in der Unterschicht findet. Jede Regierung identifiziert sich ideologisch mit den Interessen ihrer Stammwähler und favorisiert makro-ökonomische Strategien, die diesen dienen. Zugleich will sie aber durch ihre Wirtschaftspolitik die eigene Wiederwahl sichern. Verletzt sie die Interessen der eigenen Stammwähler, so geht deren Unterstützung zurück, ohne daß die Regierung politische Unterstützung bei den Stammwählern der Opposition gewinnen könnte.³² Wenn dies alles wäre, dann hätten unter den Bedingungen der siebziger Jahre Arbeiter-Regierungen immer für keynesianische und bürgerliche Regierungen immer für monetaristische Strategien optieren müssen.

Aber jede Regierung verliert auch dann die Wahl, wenn sie die Unterstützung der mittleren Wählerschicht verliert. Da diese sowohl von Arbeitslosigkeit als auch von Inflation negativ betroffen werden kann, entspricht ihren Interessen nicht eine generelle Präferenz für entweder die keynesianische oder die monetaristische Strategie, sondern eine kontingente Reaktion auf die jeweilige Wirtschaftslage. Im allgemeinen, so wird man unterstellen können, werden die mittleren Wähler positiv reagieren auf eine Situation, in der sowohl Inflation als auch Arbeitslosigkeit niedrig sind, und negativ auf Situationen mit hoher Inflation und hoher Arbeitslosigkeit. Bei niedriger Arbeitslosigkeit und hoher Inflation dagegen ist eher mit asymmetrischen Reaktionen zu rechnen: Während der Wechsel von einer Arbeiter-Regierung zur bürgerlichen Opposition als Protest gegen hohe Inflationsraten plausibel ist, müßten bei einem Wechsel in umgekehrter Richtung die von Inflationsfurcht geplagten Wähler fürchten, vom Regen in die Traufe zu kommen.

Noch schwerer zu prognostizieren ist die wahrscheinliche Reaktion auf hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Inflation. Wenn Inflation und Arbeitslosigkeit als symmetrische Probleme perzipiert würden, müßte man nun eine negative Reaktion der mittleren Wählerschicht erwarten – und vielleicht einen politischen Bonus für eine Arbeiter-Regierung (weil man der bürgerlichen Opposition eine erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik noch weniger zutraut).³³ In der Tat wäre dies die wahrscheinliche Reaktion rational-egoistischer Wähler, wenn Arbeitslosigkeit zum ersten Mal auftritt. Aber je länger sie andauert, desto mehr verändern sich auch ihre wahlpolitischen Implikationen.

Während kontinuierlich steigende Preise als ein kollektives Übel erfahren werden, das auch jene irritiert, deren Einkommen mit der Inflation Schritt halten, gilt das nicht durchweg für die Arbeitslosigkeit. Nur *drohende* Arbeitsplatzverluste haben, insbesondere nach fast zwei Jahrzehnten der Vollbeschäftigung, diesen Charakter eines alle betreffenden Kollektiv-Übels. Sobald sie aber einmal eingetreten sind, zeigt sich, daß nur eine kleine Minderheit der Arbeitnehmer tatsächlich davon betroffen ist – und es ist dann auch deutlich, wer zu den „Risikogruppen“ gehört und wer nicht. Für die übergroße Mehrheit der mittleren Wähler, die nicht dazu gehören, ist Arbeitslosigkeit

dann allenfalls noch ein „altruistisches Problem“, dessen Gewicht vom „moralischen Klima“ des Landes und der Zeit bestimmt wird³⁴, aber sie ist nicht mehr ein Problem ihres ökonomischen Eigeninteresses. Wenn wir also weiterhin egoistisch-rationales Wahlverhalten der mittleren Wähler unterstellen, dann ist von nun an ihre politische Unterstützung der Regierung nicht mehr von der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abhängig.

Damit können wir zu der Verknüpfung zwischen dem wirtschaftspolitischen „Koordinationsspiel“ und dem „Politikspiel“ zurückkehren. Sie kann in der Form von ineinander „verschachtelten“ Spielen dargestellt werden, bei der das Koordinationsspiel den äußeren Rahmen bildet, der die ökonomischen Bedingungen festlegt, auf die dann die drei Wählerschichten im inneren Politikspiel reagieren. Da diese Reaktion für unterschiedliche Regierungen unterschiedlich ausfallen, enthält jedes Feld des Koordinationsspiels jeweils zwei Varianten des Politikspiels, eines für Arbeiter-Regierungen und eines für bürgerliche Regierungen (Abb. 12).

Abbildung 12: Wähler-Reaktionen im Politik-Spiel auf die Ergebnisse des wirtschaftspolitischen Koordinations-Spiels

		<i>Gewerkschaften</i>			
		gemäßigt	----->		offensiv
keynesianisch	Arbeitslosigkeit: niedrig Inflation: mäßig				Arbeitslosigkeit: niedrig Inflation: sehr hoch
	Wählerschicht unter mittel ober				Wählerschicht unter mittel ober
	+ + -				+ - -
	Arbeiter-Regierung				Arbeiter-Regierung
	- + (+)				- ? (+)
	Bürgerliche Regierung (Feld 1)				Bürgerliche Regierung (Feld 2)
monetaristisch	Arbeitslosigkeit: hoch Inflation: niedrig				Arbeitslosigkeit: sehr hoch Inflation: hoch
	Wählerschicht unter mittel ober				Wählerschicht unter mittel ober
	(+) ?/+ -				(+) - -
	Arbeiter-Regierung				Arbeiter-Regierung
	- -/+ +				- - +
	Bürgerliche Regierung (Feld 3)				Bürgerliche Regierung (Feld 4)
		←	-----		offensiv
		gemäßigt			

Offensichtlich bietet *Feld 1* des Koordinationsspiels (also die Kombination von fiskalischer und monetärer Expansion und Lohnzurückhaltung) die optimalen ökonomischen Bedingungen für das politische Überleben einer *Arbeiter-Regierung*: Die Interessen der Stammwähler (und ihre eigenen ideologischen Präferenzen) sind befriedigt, und auch die mittlere Wählerschicht hat keinen Grund, gegen die Regierung zu votieren. Für eine *bürgerliche Regierung* dagegen ist die gleiche Konstellation politisch weniger komfortabel, da ja weder ihre eigenen politischen Präferenzen noch die Interessen ihrer Klientel durch eine keynesianische Strategie befriedigt werden. Aber da die Wähler der Oberschicht bei einem Wechsel zur Opposition noch schlechter fahren würden, ist das politische Überleben der Regierung nicht in Gefahr – und ein Übergang zur monetaristischen Strategie könnte ihre Lage nicht verbessern, da dann mit negativen Reaktionen der mittleren Wählerschicht auf die steigende Arbeitslosigkeit zu rechnen wäre.

Wenn jedoch eine Lohnoffensive der Gewerkschaften (die bei egoistisch-rationalem Verhalten wahrscheinlich wäre) das Koordinations-Spiel in *Feld 2* verschiebt, wird die Position einer *Arbeiter-Regierung* im Politik-Spiel prekär. Zwar hätten ihre Stammwähler immer noch Grund zur Zufriedenheit, aber die mittlere Wählerschicht müßte auf die rasch ansteigende Inflation negativ reagieren und die bürgerliche Opposition böte sich als eine plausible politische Alternative an. Wenn also die Gewerkschaften nicht bereit waren, zur Lohnzurückhaltung (und damit nach *Feld 1*) zurückzukehren, dann blieb der Regierung nur die Wahl zwischen zwei gleichermaßen unattraktiven Optionen: Sie konnte an ihrer keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik festhalten, auch wenn dies die fast sichere politische Niederlage bedeutete, oder sie konnte in der Hoffnung auf eine rasche Sinnesänderung der Gewerkschaften eine monetaristische Wende riskieren. Wenn die Rechnung aufging, dann war auf diesem Wege vielleicht das politisch einigermaßen sichere *Feld 3* zu erreichen; wenn nicht, dann drohte in *Feld 4* nicht nur die sichere politische Niederlage, sondern die Arbeiter-Regierung hatte zusätzlich zum Vorwurf der Inflationspolitik auch noch die politische Verantwortung für den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit übernommen. Für eine *bürgerliche Regierung* dagegen war dieselbe ökonomische Konstellation (*Feld 2*) politisch weniger gefährlich, da ja die mittlere Wählerschicht nun von der Opposition kaum eine energischere Bekämpfung der Inflation erwarten konnte. Angesichts des mit einem Übergang zum Monetarismus unvermeidlich verbundenen Anstiegs der Arbeitslosigkeit (*Feld 4*), konnte also eine risiko-averse³⁵ bürgerliche Regierung in der Fortsetzung der keynesianischen Politik das kleinere Übel sehen (und damit politisch besser über die Runden kommen als eine Arbeiter-Regierung).

Feld 4 mit immer noch hohen Inflationsraten und sehr hoher Arbeitslosigkeit bezeichnet eine ökonomische Umwelt, in der keine Regierung politisch Erfolg haben konnte. Möglicherweise gab es hier marginale politische Vorteile für eine Arbeiter-Regierung, weil die mittleren Wähler von der bürgerlichen Opposition noch weniger Erfolg beim Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit erwarteten. Andererseits wurden aber die Interessen der Arbeiter-Stammwähler aufs massivste verletzt, während eine bürgerliche Regierung unter den gleichen Umständen wenigstens anfang, etwas für ihre Oberschicht-Klientel zu tun und von der Zustimmung der eigenen Anhänger profitieren

konnte. Trotzdem mußten aber beide Regierungen mit hohen Verlusten rechnen, wenn es zu allgemeinen Wahlen kam, solange die Wirtschaft sich in Feld 4 befand. Freilich war aus den oben entwickelten Gründen auch nicht damit zu rechnen, daß die Wirtschaft lange in diesem politisch unhaltbaren Zustand verharrte. Wenn die Regierung an ihrer monetaristischen Strategie festhielt, dann sahen sich die Gewerkschaften durch hohe Arbeitslosigkeit zur Mäßigung ihrer Lohnforderungen gezwungen. Eine Regierung, die lange genug im Amt blieb, um von der lohnpolitischen Wende zu profitieren, konnte danach auf wesentlich günstigere politische Bedingungen rechnen.

Feld 3 schließlich war janusköpfig. Seine politischen Implikationen hingen ganz davon ab, aus welcher Richtung man sich ihm näherte, ob von Feld 1 oder von Feld 4. Im ersten Fall war mit einer negativen politischen Reaktion zu rechnen, da ja nun die mittleren Wähler zum ersten Mal mit steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden – und dies in einer Situation, in der die Restriktionspolitik nicht einmal durch hohe Inflationsraten gerechtfertigt werden konnte. Anders als eine unabhängige Zentralbank hatten also egoistisch-rationale Regierungen gleich welcher politischen Couleur kein Interesse an einer monetaristischen Wende, solange sich die Ökonomie in Feld 1 im keynesianischen Gleichgewicht befand.

Näherte man sich aber dem Feld 3 von Feld 4 aus, so hatte das Politik-Spiel einen ganz anderen Charakter. Nun ließ die Rückkehr der Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung die hohen Inflationsraten sichtbar sinken und die Unternehmensgewinne ansteigen. In dem Maße, wie dadurch die noch vorhandenen Arbeitsplätze sicherer wurden und die Arbeitslosigkeit sogar leicht abnahm, ging auch in der mittleren Wählerschicht die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zurück. Damit war aber für eine bürgerliche Regierung das politische Optimum erreicht: Die eigenen Stammwähler profitierten von den steigenden Unternehmensgewinnen und Kapitaleinkommen, und die Unterstützung der mittleren Wähler, die sich zunächst noch auf den vorteilhaften Vergleich mit der unmittelbar vorangehenden Periode gegründet hatte, wurde umso fester, je mehr die anhaltende Arbeitslosigkeit moralisch entproblematisiert wurde.³⁶

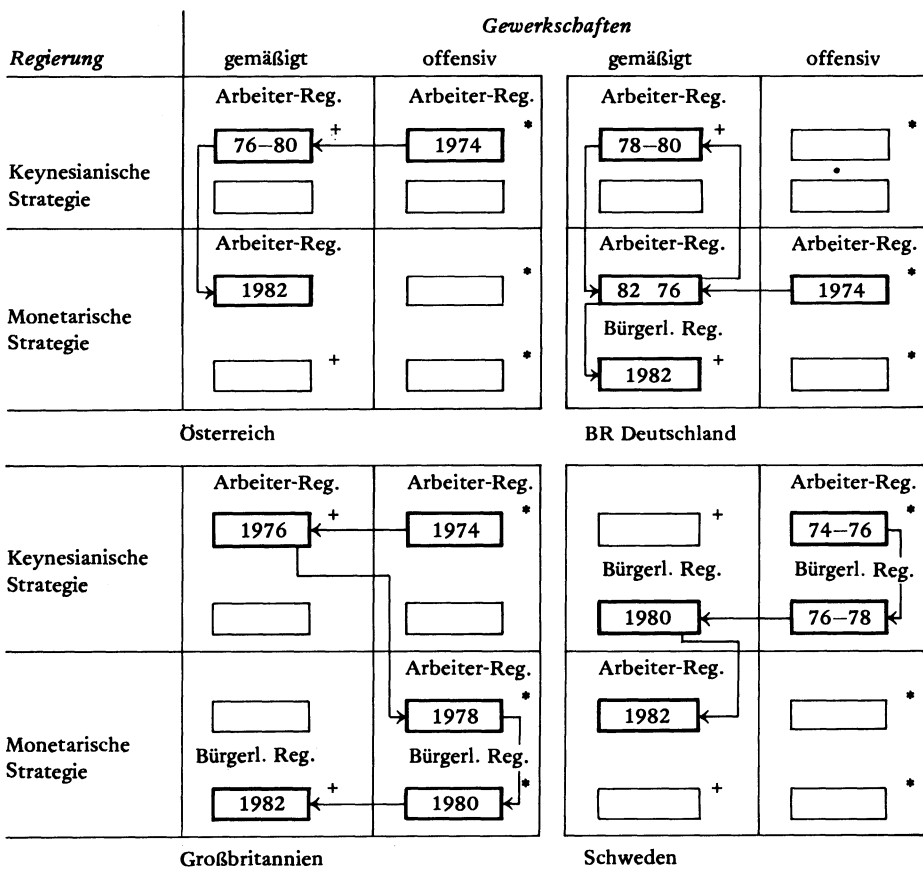
Für eine *Arbeiter-Regierung* dagegen war die gleiche Situation politisch weit weniger komfortabel. Obwohl auch ihr politisches Überleben zunächst gesichert war, wurde sie von der eigenen Klientel und den eigenen Ansprüchen zur Rückkehr auf den keynesianischen Kurs gedrängt. Entsprach sie aber diesen Forderungen, so war ihr die fortdauernde Unterstützung der mittleren Wählerschicht keineswegs sicher, deren Inflations-Empfindlichkeit ja in dem Maße zunehmen mußte, wie ihre Angst vor dem Verlust der eigenen Arbeitsplätze geschwunden war. Deshalb war eine zum Keynesianismus zurückgekehrte Arbeiter-Regierung nun in höchster politischer Gefahr, sobald die Inflationsraten wieder zu steigen begannen. Die einmal eingetretene Arbeitslosigkeit veränderte und verschlechterte also die politischen Rahmenbedingungen für eine spätere Vollbeschäftigungspolitik.³⁷ Dem entspricht auch der empirische Befund (*Therborn* 1986), daß nur in den OECD-Ländern heute noch Vollbeschäftigung herrscht, denen es gelungen war, den ersten Anstieg der Arbeitslosigkeit nach 1974 und dann wieder nach 1980 zu vermeiden.

7. Welche Bedeutung haben „korporatistische“ Institutionen?

Das theoretische Modell ist nun komplex genug, um zur Erklärung der historischen Erfahrungen der vier Länder zwischen 1974 und 1982 eingesetzt zu werden. Zusätzlich zu der oben in Abschnitt 3 gebotenen Darstellung der ökonomischen Zusammenhänge sind wir nun in der Lage, auch die Wahl zwischen keynesianischen und monetaristischen Strategien spieltheoretisch zu erklären: Sie wird bestimmt durch die Gewinnchancen der Regierungen in den „Politik-Spiegeln“, die sie beim Eintritt in ein für sie erreichbares Feld des Koordinations-Spiels zu spielen hätten.

Zu Beginn der Krise, im Jahre 1974, waren in allen vier Ländern Arbeiter-Parteien an der Regierung, und alle fanden sich in politisch gefährdeten makro-ökonomischen

Abbildung 13: Historische Folgen von Koordinations- und Politik-Spielen



* = Politisch gefährdete Positionen
 + = Politisch sichere Positionen

Positionen. Keine der Regierungen war jedoch in der Lage, allein aus eigener Kraft eine der für sie politisch sicheren Positionen zu erreichen; sie waren dafür durchweg auf die Unterstützung der Gewerkschaften angewiesen. Bis zum Jahre 1976 hatten dann in der Tat alle Regierungen mit Ausnahme der schwedischen eine der sicheren Positionen des Modells erreicht – und die schwedischen Sozialdemokraten wurden bei den Parlamentswahlen im Herbst 1976 von der bürgerlichen Opposition geschlagen. Insofern entsprach der politische Verlauf also durchaus dem Modell.³⁸ Freilich entspricht in den drei anderen Ländern der Übergang der Gewerkschaften zu einer gemäßigten Lohnpolitik nur in einem Fall (der Bundesrepublik, wo die Arbeitslosigkeit steil angestiegen war) jener egoistisch-rationalen Handlungslogik, die ihnen in der Explikation des „Koordinations-Spiels“ zugeschrieben worden war. In Österreich und Großbritannien dagegen (wo die Regierungen die Vollbeschäftigung zunächst mit Erfolg verteidigten), wählten die Gewerkschaften die für sie ökonomisch zweitbeste Lösung. Insofern bedarf das Modell also noch der Erweiterung.

Bis zum Jahre 1978 hatten dann auch die schwedischen Gewerkschaften ihre Lohnforderungen reduziert, während die bürgerliche Koalitionsregierung trotz der hohen Inflationsraten an ihrer Vollbeschäftigungspolitik festhielt. Auch in der Bundesrepublik konnte die Regierung, nachdem die Inflation gebrochen schien, dem Druck der eigenen Basis und der Vereinigten Staaten nachgeben und eine expansive „Lokomotiven-Rolle“ übernehmen, deren politischer Erfolg freilich nicht nur von der fortwährenden Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften abhängig blieb, sondern auch durch den Inflationsschub der nächsten Ölpreis-Krise wieder untergraben wurde.

In Großbritannien dagegen waren 1978 sowohl die Gewerkschaften als auch die Regierung aus Gründen, die in unserem Modell erklärbar sind, von der keynesianischen Koordination abgegangen. Die Regierung hoffte durch eine monetaristische Politik die Inflationserwartungen vollends zu brechen und sich damit auf Feld 3 des Koordinationsspiels zu retten, während die Gewerkschaften mit ihrer Lohnoffensive Feld 2 erreichen wollten, um nach zwei Jahren der disziplinierten Lohnzurückhaltung endlich wieder etwas für die Realeinkommen ihrer Mitglieder zu tun. Da aber beide Spieler ihre Position zugleich veränderten, erreichten sie weder Feld 3 noch Feld 2, sondern das aus beider Sicht ungünstigste Feld 4, in dem die Labour-Regierung politisch nicht überleben konnte.

Auch die weitere Entwicklung entsprach dem Modell: Nach ihrem Wahlsieg im Frühjahr 1979 hatten die britischen Konservativen genügend Zeit, um den Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Lohnoffensive unter dem Druck zweistelliger Arbeitslosenquoten abzuwarten. Danach ging die Inflation rasch zurück, die Arbeitslosigkeit stabilisierte sich auf hohem Niveau, und die konservative Regierung war politisch nicht mehr gefährdet. In der Bundesrepublik erfolgte der Koalitionswechsel der Freien Demokraten zu einem Zeitpunkt, an dem die Sozialdemokraten angesichts erneuter steigender Inflation und (wegen der monetaristischen Wende in den Vereinigten Staaten und der extrem restriktiven Geldpolitik der Bundesbank) rasch zunehmender Arbeitslosigkeit weder die Forderungen der eigenen Basis noch die Erwartungen der Mittelschicht erfüllen konnten. Da die neue Regierung die Verantwortung dafür noch den Vorgängern anlasten konnte,³⁹ konnte sie jedoch unter unverändert desolaten Bedin-

gungen die Wahlen im Frühjahr 1983 gewinnen und ist seitdem wirtschaftspolitisch unangefochten.

Auch in Schweden hat die Regierung den (leichten) Anstieg der Arbeitslosigkeit im Gefolge der amerikanischen Hochzinspolitik nicht überlebt, aber anders als die bei hoher Arbeitslosigkeit ins Amt gekommenen bürgerlichen Regierungen in Großbritannien und in der Bundesrepublik konnten die im Herbst 1982 wiedergewählten Sozialdemokraten die Vollbeschäftigung nicht von der Liste ihrer politischen Prioritäten streichen. Mit der Abwertung der Krone gelang es ihnen zwar, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen, aber damit verzichteten sie auch auf deren Disziplinierungswirkung gegenüber den Gewerkschaften, so daß ihr politisches Überleben weiterhin von freiwilliger Lohnzurückhaltung abhängig bleibt. Ähnliches gilt für Österreich, wo die Sozialisten wegen der politisch sakrosankten Anbindung des Schilling an die Deutsche Mark den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht nach schwedischem Rezept verhindern konnten und dementsprechend bei der eigenen Klientel und bei den Mittelgruppen an politischer Unterstützung einbüßten, ohne daß eine eindeutig monetaristische Politik schon konsensfähig geworden wäre.

Ich fasse zusammen: In den siebziger und frühen achtziger Jahren gab es offenbar zwei Positionen im wirtschaftspolitischen Koordinations-Spiel, in denen die Regierung im Politik-Spiel auf einigermaßen sicheren Erfolg rechnen konnte – nämlich Feld 1 für Arbeiter-Regierungen und Feld 3 für bürgerliche Regierungen. Ebenso gab es eine Reihe von Positionen, in denen die Regierung politisch höchst verwundbar war. Jedoch waren die politischen Überlebenschancen zwischen den beiden Parteien ungleich verteilt: Wenn bürgerliche Regierungen einmal ihre optimale Position im Politik-Spiel erreicht hatten, befanden sie sich auch im Koordinations-Spiel in einem stabilen Gleichgewicht, das von den Gewerkschaften nicht mehr verlassen werden konnte. Dagegen war die für Arbeiter-Regierungen politisch optimale Konstellation im Koordinations-Spiel instabil. Wenn die Gewerkschaften ihre kurzfristigen ökonomischen Interessen verfolgten, dann kam die Arbeiter-Regierung in Feld 2 in eine politisch unhaltbare Position. Und falls die Regierung dann im Kampf um ihr Überleben zum Monetarismus überging, dann kam es – auch wenn sie damit politisch Erfolg hatte – zu einem steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Wenn sie aber scheiterte, dann wurde eine bürgerliche Regierung mit monetaristischer Politik etabliert, die trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch nicht mehr gefährdet war.

Bei egoistisch-rationalem Verhalten sowohl der Gewerkschaften als auch der Regierungen war also in den siebziger Jahren mit einer „eigendynamischen“ (Mayntz/Nedelmann 1987) Sequenz von Spiel-Konstellationen zu rechnen, die zu einem stabilen bürgerlich-monetaristischen Gleichgewicht führte. Freilich war diese Sequenz nicht nur für die Arbeiter-Parteien, sondern auch für die Gewerkschaften ein vorhersehbares Desaster, an dessen Vermeidung sie jedes Interesse haben mußten.

Worauf es dafür ankam, war auch klar genug: Die Gewerkschaften mußten willens und fähig sein, auf kurzfristige Lohnvorteile zu verzichten, um der Regierung den Übergang in Feld 1 des Koordinations-Spiels zu ermöglichen, wo dann eine Vollbeschäftigungspolitik ohne eskalierende Inflationsraten ökonomisch möglich und politisch lohnend wurde. Dies war der Kern der „korporatistisch-keynesianischen Konzertierung“, die

in Österreich zwischen 1976 und 1980, in Großbritannien zwischen 1976 und 1978, und in der Bundesrepublik und in Schweden zwischen 1978 und 1980 auch erreicht wurde.

Dabei ging es nicht im strikten Sinne um einen „politischen Tausch“ (*Pizzorno* 1978; *Marin* 1985). Wenn eine Regierung keynesianische Vollbeschäftigungspolitik betrieb, so handelte sie im eigenen Interesse und belohnte nicht das Wohlverhalten der Gewerkschaften. Sie hatte diesen auch nichts anzubieten außer ihrer eigenen politischen Verwundbarkeit. Entscheidend war also das „Selbstmanagement“ (*Elster* 1979; *Schelling* 1984) der Gewerkschaften, d. h. ihre Fähigkeit, sowohl die „intertemporale Falle“ der Konkurrenz zwischen kurzfristigem und langfristigem Eigeninteresse als auch die „interorganisatorische Falle“ der Konkurrenz zwischen einzelgewerkschaftlichen und gesamtgewerkschaftlichen Interessen zu vermeiden (*Messick/McClelland* 1983). Erst an dieser Stelle gewinnen also die „neo-korporatistischen“ Erklärungen wirtschaftspolitischer Erfolge während der siebziger Jahre ihr Gewicht: Die solidarische Verfolgung des Gesamtinteresses der Gewerkschaftsbewegung und die Fähigkeit, zukünftige Entwicklungen schon bei gegenwärtigen Entscheidungen zu berücksichtigen, wird durch die Konkurrenz zwischen den Einzelgewerkschaften untergraben, und sie wird dementsprechend gefördert (wenn auch nicht garantiert) durch die organisatorische Konzentration in „monopolistischen“ Industriegewerkschaften und die effektive Zentralisierung lohnpolitischer Entscheidungen.

In Großbritannien, um mit dem eindeutigsten Fall zu beginnen, erzeugte die Fragmentierung der Gewerkschaftsorganisation und die Dezentralisierung der Lohnverhandlungen einen extremen Konkurrenzdruck innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst (*Barnes/Reid* 1980). Der Trades Union Congress allein hatte in den siebziger Jahren immer noch mehr als einhundert Mitgliedergewerkschaften, und Lohnverhandlungen fanden überwiegend auf der Ebene der Unternehmen, der Betriebe oder sogar der Arbeitsstätten innerhalb eines Betriebes statt. Für die Verhandlungsführer in diesen kleinen Einheiten war die volle Ausschöpfung der Zahlungsfähigkeit des jeweiligen Arbeitgebers und der Verhandlungsmacht und Kampfbereitschaft ihrer eigenen Mitglieder selbstverständliches Gebot. Zugleich mußten sie aber auch versuchen, mit überdurchschnittlichen Verhandlungserfolgen in anderen Betrieben oder Berufsgruppen mindestens gleichzuziehen, um die „relative Deprivation“ (*Pettigrew* 1967) der eigenen Mitglieder und deren Abwerbung durch konkurrierende Gewerkschaften zu vermeiden. Unter solchen Bedingungen war freiwillige Lohnzurückhaltung, auch wenn ihre ökonomischen oder politischen Vorteile für die Gewerkschaftsbewegung im ganzen offensichtlich waren, ein Kollektivgut, dessen Verwirklichung durch die Versuche des free-riding und den Zwang der Konkurrenz gefährdet war (*Olson* 1965).

Dagegen wird das free-rider-Problem wesentlich reduziert, wenn die Gewerkschaftsbewegung in einer begrenzten Zahl „umfassender“ (*Olson* 1982) Industriegewerkschaften organisiert ist, die nicht miteinander im Wettbewerb stehen, wie dies in Österreich, in der Bundesrepublik und in geringerem Maße auch in Schweden der Fall ist. Wenn dann die effektiven Lohnverhandlungen auf der Industrie-Ebene geführt werden, wie dies vor allem in der Bundesrepublik und in Österreich zutrifft, dann können die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten in

den schwächeren Unternehmen oder Regionen nicht ignorieren. Sie sind deshalb auch nicht in der Lage, alle lokalen Chancen der höheren Zahlungsfähigkeit oder der höheren Verhandlungsmacht auszunutzen. Die auf das Gesamtinteresse gerichtete Perspektive wird noch gestärkt, wenn (wie in Schweden und Österreich) der zentrale Gewerkschaftsbund selbst auch eine formale Rolle bei den Lohnverhandlungen spielt, oder wenn (wie in der Bundesrepublik – *Streeck* 1982, 1984) wenigstens die Lohnführerschaft der größten Industriegewerkschaften faktisch respektiert wird.

In den eher „korporatistisch“ verfaßten Ländern kann deshalb das kollektive und langfristige Eigeninteresse der Gewerkschaftsbewegung auf ganz unspektakuläre Weise in den normalen Prozeß der Lohnverhandlungen eingebracht werden. In Großbritannien dagegen hing der Erfolg des Social Contract in den Jahren 1976 und 1977 ausschließlich ab von einer extremen politischen und ideologischen Anstrengung der Labour-Regierung und der Gewerkschaftsführung. Die für die Lohnverhandlungen zuständigen Shop Stewards wurden durch Apelle an den „Geist von Dünkirchen“ und an die Solidarität der Arbeiterbewegung unter massiven moralischen Druck gesetzt. Dementsprechend war auch die Sechs-Pfund-Regel, die über alle eifersüchtig verteidigten Lohn-differenziale hinwegging, als ein moralisch sinnfälliges, einmaliges Opfer („give a year to Britain“) und nicht als langfristig praktikable Lohnpolitik präsentiert worden.

Der schwedische Fall ist weniger eindeutig (*Martin* 1984, 1986b). Die gewerkschaftliche Entscheidungsstruktur ist stark zentralisiert, aber zugleich hat die Konkurrenz zwischen den nach dem Industrieprinzip organisierten Arbeitergewerkschaften und den nach Qualifikationsstufen oder Berufen organisierten Angestelltengewerkschaften zugenommen. Überdies wird durch die (den nationalen und branchenbezogenen Tarifverhandlungen nachgeordnete) lokale Verhandlungsrunde in den besser verdienenden (oder verstaatlichten) Unternehmen eine erhebliche Lohndrift erzeugt, die dann durch ein immer dichteres Netz von Kompensationsklauseln in den Tarifverträgen verallgemeinert wird. Dennoch herrscht in der schwedischen Arbeiterbewegung immer noch eine solidarische Wertorientierung, die notfalls mobilisiert werden kann, um die Konkurrenz zwischen den einzelnen Gewerkschaften zu disziplinieren.⁴⁰ Deshalb sollte man auch die aggressiven Lohnrunden nach 1975 nicht einer grundsätzlichen Unfähigkeit zur Orientierung am Gesamtinteresse zuschreiben, sondern eher einer Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Lage und dem Umstand, daß die Gewerkschaften nach 1976 zunächst kein Interesse daran hatten, die neue bürgerliche Koalition bei ihren ersten Schritten in der Wirtschaftspolitik zu stützen. Wenn sie dabei gestolpert wäre, dann wäre ja nicht eine monetaristische *Thatcher*-Regierung ans Ruder gekommen, sondern die in der Vollbeschäftigungspolitik bewährten Sozialdemokraten. Als aber in den folgenden Jahren die schwedische Wirtschaft in ernstere Schwierigkeiten geriet, waren die Gewerkschaften auch zur lohnpolitischen Kooperation mit der bürgerlichen Regierung in der Lage, und sie haben auch nach 1982 trotz vieler Schwierigkeiten ein völliges Scheitern der sozialdemokratischen Anti-Inflationspolitik vermeiden können.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß unter den institutionellen Bedingungen in Österreich, in der Bundesrepublik und in Schweden die Gewerkschaften „strategiefähig“ waren und Lohnzurückhaltung immer dann auch verwirklichen konnten, wenn

dies im Gesamtinteresse der Gewerkschaftsbewegung als vorteilhaft erschien. In Großbritannien dagegen konnte die fehlende institutionelle Basis zwar für eine gewisse Zeit durch ideologischen Druck und moralische Führung überspielt werden. Aber es war immer klar, daß der Social Contract nicht als langfristige Strategie etabliert werden konnte, und daß die unvermeidliche Rückkehr zum „free collective bargaining“ die zurückgestaute Lohnkonkurrenz zwischen den Einzelgewerkschaften und Betrieben wieder hervorbrechen lassen mußte. Allenfalls kann man darüber streiten, ob der Zusammenbruch unter so dramatischen Umständen im Herbst 1978 unvermeidbar war, oder ob besseres Timing und ein sensibleres Management der Beziehungen zu den Gewerkschaften der Regierung *Callaghan* über eine weitere Parlamentswahl hätten hinweghelfen können.

Abschließend sollte man vielleicht hervorheben, daß nach der hier entwickelten Analyse korporatistische Institutionen für die *makro-ökonomische* Politik⁴¹ nur solange von Bedeutung sind, wie die Regierung bereit oder in der Lage ist, das keynesianische Spiel zu spielen. Wenn die Regierung zu einer monetaristischen Strategie übergeht, dann hängt die Lohnzurückhaltung (auf die sie nach wie vor angewiesen ist) nicht länger von der organisatorischen Konzentration der Gewerkschaftsbewegung und von der Zentralisierung der kollektiven Lohnverhandlungen ab⁴². Sobald die Regierung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit toleriert, erzwingt das vorrangige Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze Lohnverzichte auch auf den unteren Verhandlungsebenen. Analytisch läßt sich dies wiederum aus der Tatsache ableiten, daß der Verlust des Arbeitsplatzes (im Gegensatz zur Inflation) eben nicht ein kollektives, sondern in erster Linie ein privates Übel ist, auf das die ansonsten „militanteren“ (*Cameron* 1984) britischen Gewerkschaften ebenso reagieren müssen wie die angeblich „gefügigeren“ (*Pamitch* 1979) neo-korporatistischen Gewerkschaften.⁴³ Innerhalb des hier entwickelten Modells ist es deswegen durchaus plausibel, daß während der keynesianischen siebziger Jahre die Existenz korporatistischer Institutionen einen erheblichen Teil der ökonomischen Varianz erklären konnte, und daß die Erklärungskraft dieses Faktors in den monetaristischen achtziger Jahren zurückging.

Anmerkungen

- 1 Der Aufsatz versucht eine der Interpretationslinien meiner Darstellung der „sozialdemokratischen Krisenpolitik“ weiterzuführen und theoretisch zuzuspitzen. Die jetzige Fassung hat profitiert von Diskussionen am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences in Stanford, am Workshop in Political Theory and Policy Analysis der Indiana University, und am Center for European Studies der Harvard University. Für Kritik und Anregungen danke ich weiterhin *Jens Alber*, *Jürgen Feick*, *Hans-Willy Hohn*, *Bernd Marin*, *Renate Mayntz*, *Manfred Schmidt* und *Douglas Webber*.
- 2 In gewisser Hinsicht noch interessanter ist die faktische Entkoppelung ($R^2 = 0.01$) zwischen der (durch Wirtschaftspolitik beeinflussbaren) Veränderung der Beschäftigtenzahlen und der Höhe der Arbeitslosigkeit, die u. a. auch von (natürlichen und politisch manipulierten) Veränderungen des Angebots an Arbeitskräften abhängt. In diesem Aufsatz beschränke ich mich jedoch auf die Diskussion der mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik betriebenen „offensiven“ Beschäftigungspolitik.

- 3 Freilich wird die erreichbare Fallzahl durch die Grundgesamtheit der als „vergleichbar“ definierten Länder doch wieder so eng begrenzt, daß die theoretisch gebotenen multivariaten Analysen kaum eingesetzt werden können.
- 4 Ohne ein theoretisch begründetes Kausalmodell können auch multivariate Analysen nichts beweisen, da ja eine nachgewiesene Beziehung zwischen den untersuchten Variablen verschwinden kann, wenn ein bisher nicht berücksichtigter weiterer Kausalfaktor einbezogen wird (*Blacklock* 1961).
- 5 Gerade dieser letzte Punkt ist für die vergleichende Politikforschung von grundsätzlicher Bedeutung: Auch fundierte Theorien sind gegenüber ihrem Gegenstand notwendigerweise unterkomplex. Ob sie über ihren „Ursprungsfall“ hinaus zutreffen oder nicht, hängt also von Randbedingungen ab, die niemals vollständig endogenisiert werden können. Selbst unsere besten Modelle sind deshalb immer „sometimes true theories“ (*Coleman* 1964: 516–519) – alle sind (unter bestimmten Bedingungen) richtig und alle sind (unter anderen Bedingungen) falsch (*McGuire* 1983: 7–8). Der Fortschritt der Theoriebildung vollzieht sich jedenfalls hier nicht in der Automatik des Prüfens und Falsifizierens universalistischer Hypothesen, sondern in der Entdeckung und schrittweisen Einbeziehung zusätzlicher Geltungsbedingungen für (induktiv fundierte) theoretische Modelle (*Greenwald* u. a. 1986).
- 6 Hier sehe ich eine unmittelbare Parallele zum anthropologischen Konzept eines „repertoire of action resources“ im Sinne von kulturell geprägten „habits, skills and styles“, aus denen Individuen und Gruppen durchaus unterschiedliche „strategies of action“ bilden können (*Swidler* 1986). Analogiefähig erscheint mir auch die dort eingeführte Unterscheidung zwischen kulturell stabilisierten Perioden („settled lives“) und Perioden des Umbruchs, in denen das kulturelle Repertoire selbst erweitert und verändert wird.
- 7 Deshalb haben unter den stabilen und günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen der sechziger Jahre fast alle Länder die institutionellen Voraussetzungen für eine einigermaßen erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik entwickeln können, und umgekehrt ist unter den ungünstigeren aber ebenfalls einigermaßen stabilen Bedingungen der achtziger Jahre die Vollbeschäftigung fast überall von der Liste der ernstlich verfolgten politischen Ziele verschwunden.
- 8 Während die Fallstudien eine möglichst vollständige Erklärung realer Entwicklungen anstreben, die immer eine Kombination mehrerer Theorieansätze (unter Einschluß von „Alltagstheorien“) erfordert (*Lübbe* 1975), soll hier die Erklärung eines Teilaspekts (des Beitrags der makroökonomischen Politik zu Inflation und Arbeitslosigkeit) mit Hilfe eines einzelnen (spieltheoretischen) Ansatzes weiter voran getrieben werden. Das Ergebnis können selbstverständlich nur *Ceteris-Paribus*-Hypothesen sein, die mit anderen kombiniert werden müssen, wenn realweltliche Ereignisse erklärt oder gar prognostiziert werden sollen. In dieser methodischen Iteration zwischen zeitgeschichtlicher Deskription, historisch-kombinatorischer Erklärung und abstrahierender Theoriebildung sehe ich die beste Chance für den Fortschritt in den nicht-experimentellen Sozialwissenschaften.
- 9 Trotz *Helmut Schmidts* markigem Satz aus dem Wahlkampf 1972, daß 5 % Inflation immer noch besser seien als 5 % Arbeitslosigkeit, war die politische Präferenz der deutschen Bundesregierung vermutlich weniger belastbar als die der anderen drei Regierungen – wegen der höheren Inflationsempfindlichkeit der deutschen Wähler und wegen der schon damals nicht zu unterschätzenden Rolle der FDP (*Schmidt* 1987), aber auch wegen der antizipierten Toleranzgrenzen der Bundesbank.
- 10 Selbstverständlich war die makroökonomische „Globalsteuerung“ allenfalls für die Inflation, aber keineswegs auch für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit das einzig bedeutungsvolle Politikfeld. Die Schweiz beispielsweise konnte die statistische Vollbeschäftigung zu einem erheblichen Teil durch die Verminderung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer sichern (*Schmidt* 1985), während Schweden zwischen 1974 und 1978 allein durch die Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seiner „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ die registrierte Arbeitslosigkeit beinahe um vier Prozentpunkte verminderte. Die Bundesrepublik erzielte Entlastungseffekte in gleicher Größenordnung durch eine Kombination von Gastarbeiter-Abbau, Frühverrentung und aktiver Arbeitsmarktpolitik (*Scharpf* 1987a: 279–293). Im folgenden beschränke ich mich jedoch auf die makroökonomischen Strategien.
- 11 Selbstverständlich ging es der staatlichen Politik nicht um die Löhne, sondern um die Preise. Trotzdem war eine direkte Einflußnahme auf die Preisentwicklung nicht aussichtsreich: Gesetzliche Preis-(und Lohn-)Kostenrollen, wie sie in den sechziger und frühen siebziger Jahren in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten versucht worden waren, hatten – wenn sie

überhaupt wirksam waren – die Inflation nur vorübergehend aufstauen können (*Frye/Gordon* 1981). Anders als bei den Löhnen bot sich hier im allgemeinen (d. h. wenn man von gewissen österreichischen Besonderheiten absieht: *Marin* 1982) auch nicht die Chance der „freiwilligen Preiszurückhaltung“: Preise werden ja in der Marktwirtschaft nicht in Kollektivverhandlungen gebildet und sind deshalb weitgehend unimmun gegenüber Appellen an kollektiv-rationale Kalküle.

Überdies wäre nach dem Ölpreisschock ein effektiver Preisstopp ohne gleichzeitige Dämpfung der steigenden Produktionskosten auch ökonomisch kontraproduktiv gewesen: Er hätte noch rascher zum Gewinnverfall und zum Anstieg der Massenarbeitslosigkeit geführt als eine fiskalische und monetäre Restriktionspolitik.

- 12 Praktisch gesprochen bedeutete dies damals, daß die Gewerkschaften auf die Ausschöpfung ihrer (bei staatlich garantierter Vollbeschäftigung erheblichen) Verhandlungsmacht verzichten und Lohnabschlüsse akzeptieren sollten, durch die der Anstieg der Lohnstückkosten unterhalb der Inflationsrate gehalten wurde. Später, unter den „monetaristischen“ Rahmenbedingungen der achtziger Jahre, erhielt „Lohnzurückhaltung“ dann die restriktivere Bedeutung von freiwilligen Reallohnverzicht zu Erhöhung der Kapitalrendite.
- 13 Nach der zweiten Ölpreiskrise kam es auch in den Vereinigten Staaten (deren expansive Politik bis dahin die Weltkonjunktur gestützt hatte) zu einer „monetaristischen Wende“, die zwischen 1980 und 1982 die realen Dollarzinsen von -3% auf $+6\%$ emporschnellen ließ. Angesichts der dominierenden Rolle des Dollars auf den internationalen Kapitalmärkten waren die anderen Industrieländer ebenfalls gezwungen, ihre Geldversorgung zu reduzieren und ihre Realzinsen zu erhöhen (*Funke* 1986). Sobald dies geschah, verlor auch die fiskalische Expansion an Wirkung und wurde zugleich wesentlich kostspieliger. Im Ergebnis verfolgten deshalb fast alle Industrieländer nach 1981 eine restriktive Gesamtpolitik – und wer sich gegen den Trend stemmte (wie die neugewählte sozialistische Regierung in Frankreich) wurde von der Kapitalflucht zum Einlenken gezwungen.
- 14 Eine Ausnahme macht die unerwartet hohe Abwertung der Schwedenkrone unmittelbar nach der Rückkehr der Sozialdemokraten an die Regierung im Oktober 1982. Sie verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit und jedenfalls die Gewinne der schwedischen Exportindustrie und hat (da die Gewerkschaften mit den Löhnen nicht nachzogen) die Beschäftigungsverluste im Industriesektor gebremst. Aber selbstverständlich hätten damals nicht alle Länder zugleich ihre Exportchancen durch Abwertung verbessern können.
- 15 Damit wird die Bedeutung der Arbeitgeberverbände in der Lohnpolitik vielleicht unterschätzt. Bei guter Auftragslage jedenfalls liegt Nachgiebigkeit betriebswirtschaftlich manchmal näher als eine wirtschaftspolitisch gebotene harte Verhandlungsposition, die dann von den Verbänden gegen die Unternehmen durchgesetzt werden müßte. Eindeutig falsch erscheint es mir dagegen, die Inflation als Ergebnis eines Spiels (und noch dazu eines symmetrischen Prisoner's Dilemma) zwischen „der Gewerkschaft“ und „dem Unternehmerverband“ zu konzeptualisieren, bei dem die eine Seite zwischen maßvollen und aggressiven Lohnerhöhungen und die andere zwischen maßvollen und aggressiven Preissteigerungen zu wählen hat (*Maital/Benjamini* 1979; *Neck* 1985: 384). Während die Löhne kollektiv bestimmt sind und deshalb auch wirtschaftspolitisch instrumentalisiert werden können, gilt dies selbst in Österreich nur in ganz engen Grenzen für die Preisbildung (oder gar für Investitionsentscheidungen). Das neue sozialwissenschaftliche Interesse für die „organization of business interests“ (*Streeck/Schmitter* 1985) sollte diesen fundamentalen Unterschied zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden nicht verwischen.
- 16 Die Weltansichten und Präferenzen der Akteure und ihre Neigung, auf dieser Basis „egoistisch-rationale“ zu handeln, werden durchweg als (empirisch informierte und hoffentlich plausible) Setzung eingeführt. Mit anderen Unterstellungen käme man selbstverständlich zu anderen Interaktionsmustern (die ebenfalls spieltheoretisch analysiert werden könnten).
- 17 Steigende Inflationsraten mögen zwar den Realwert der erstrittenen nominalen Lohnsteigerungen auffressen, aber aus der egoistisch-rationalen Sicht der Gewerkschaften folgt daraus eher der Zwang zu noch höheren Tarifabschlüssen als die Plausibilität freiwilliger Lohnzurückhaltung.
- 18 Kapitaleinkommen werden durch beide Policy-Variablen berührt: Die Lohnpolitik beeinflusst die Gewinn-Einkommen und die Geld- und Finanzpolitik die Einkommen aus Finanzanlagen.
- 19 Die spieltheoretische Darstellung findet ihre Rechtfertigung in der strategischen Interdependenz zwischen den erreichbaren Ergebnissen. Auch wenn Regierung und Gewerkschaften nicht die gleichen Ziele verfolgen, wird doch der Grad der Zielerreichung durch die Strategien beider

- Seiten bestimmt. Immer wenn das der Fall ist, kann die Spieltheorie die Implikationen der strategischen Optionen verdeutlichen – sofern die Auszahlungsmatrix empirisch-induktiv begründet wird und man nicht dem Irrtum erliegt, daß die in der Literatur dominierenden Standard-Spiele (etwa das Prisoner's Dilemma) eine besondere empirische Wahrscheinlichkeit für sich hätten.
- 20 Beide Begriffe bezeichnen hier grobe Richtungsunterschiede zwischen politisch-ökonomischen Strategien, deren Bedeutung sich mit den Definitionen der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion überschneidet, aber nicht deckt.
 - 21 Auch wenn die Zentralbank eine eigenständige Politik verfolgt, ist es nicht sinnvoll, dies als ein separates Spiel darzustellen: Fiskalpolitik und Geldpolitik wirken auf die gleichen Parameter der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (und verstärken oder neutralisieren sich dabei wechselseitig), so daß in der ökonomischen Wirkung den Gewerkschaften nur ein einziger Spieler „Staat“ gegenüber steht.
 - 22 Die Darstellung folgt der üblichen Konvention für Zwei-Personen-Spiele (die internen Koordinationsprobleme auf Seiten der beiden „Spieler“ bleiben also zunächst unberücksichtigt): Jede Seite hat die Wahl zwischen zwei Strategien. Der „Staat“ wählt die Zeilen, die „Gewerkschaften“ die Spalten. Die Bewertung der Regierung steht links unten in jedem Feld, die der Gewerkschaften rechts oben. Die Zahlen geben die Rangfolge der Bewertungen an, wobei das beste Ergebnis mit „1“, das schlechteste mit „4“ bezeichnet wird.
 - 23 Dies widerspricht dem Argument von *Peter Lange* und *Geoffrey Garrett* (1985: 799–800, 817), daß für die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung nur solange rational sei, wie die Regierung Vollbeschäftigung und hohes wirtschaftliches Wachstum garantiere. Tatsächlich sind aber genau dies die Bedingungen, unter denen die Kooperation mit der Regierung egoistisch-rationalen Gewerkschaften besonders schwerfällt. Nur eine Regierung, die hohe Arbeitslosigkeit toleriert, kann sich auf eine durch unmittelbares Eigeninteresse motivierte Kooperation der Gewerkschaften verlassen.
 - 24 *Frey* und *Schneider* (1978, 1979) kombinieren beide Annahmen: Die Regierung folgt den eigenen ideologischen Präferenzen solange, bis ihre in Meinungsumfragen gemessene „Popularität“ unter einen kritischen Schwellenwert sinkt und dann die Orientierung an der Wähler-Reaktion erzwingt.
 - 25 Die Orientierung der Regierungsparteien erklärt die wirtschaftspolitischen Folgen des Wechsels von *Callaghan* zu *Thatcher* in Großbritannien oder von *Giscard* zu *Mitterand* in Frankreich, nicht aber die weitgehende Kontinuität der Politik vor und nach den Regierungswechseln von 1976 in Schweden und in den Vereinigten Staaten oder von 1982 in der Bundesrepublik. Ebenso erklärt der „politische Konjunkturzyklus“ vielleicht die deutsche Fiskalpolitik vor der Bundestagswahl 1980, aber Österreich und Schweden haben den keynesianischen Kurs unbeeinflusst von Wahlterminen durchgehalten, und die Vereinigten Staaten gingen 1979 auf einen Restriktionskurs, der im Wahljahr 1980 die Arbeitslosigkeit ansteigen ließ.
 - 26 Tatsächlich gibt es noch ein drittes verknüpftes Spiel zwischen der Gewerkschaftsführung und den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern und ein viertes zwischen den verschiedenen Einzelgewerkschaften. Ich werde darauf im letzten Abschnitt zurückkommen.
 - 27 Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist daran zu erinnern, daß hier nicht Wahlergebnisse erklärt werden sollen, sondern die Entscheidung der Regierung für eine von zwei möglichen wirtschaftspolitischen Strategien. Wahlen werden ja aus vielerlei Gründen gewonnen oder verloren. Trotzdem kann man unterstellen, daß die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Politiker die Reaktion egoistisch-rationaler Wähler auf die Ergebnisse ihrer Politik antizipieren.
 - 28 Der Logik des Arguments entsprechend wären Rentner und Pensionäre, deren Ruhestandseinkommen von staatlichen Transferleistungen abhängt, zur unteren Schicht zu rechnen, während eine auf privaten Ersparnissen beruhende Altersversorgung eher den Oberschicht-Interessen entspricht.
 - 29 Gerade hier sind auch nationale Unterschiede bedeutsam. So scheint die Inflationstoleranz in der Bundesrepublik wesentlich geringer als etwa in Großbritannien oder in den skandinavischen Ländern.
 - 30 Koalitionsregierungen mit klassen-übergreifender Zusammensetzung können im Prinzip berücksichtigt werden, nicht aber Parteien und Wählergruppen, die in erster Linie auf klassen-unspezifische Themen (Friedenspolitik, Umweltpolitik oder Frauenpolitik) oder auf ethnische, regionale oder religiöse Identitäten reagieren. Dieser Verzicht erscheint zulässig in einem Modell, das wirtschaftspolitische Strategien aus den Perzeptionen der Wirtschaftspolitiker erklären will.

- 31 Die kontinentaleuropäischen Christdemokraten sind freilich in diesem Rechts-Links-Schema weniger eindeutig einzuordnen als die Liberalen, die skandinavischen und britischen Konservativen und die amerikanischen Republikaner.
- 32 Das Modell unterstellt also, daß die Wähler der unteren und der oberen Schicht sich entsprechend der „Klientel-Hypothese“ verhalten und nicht entsprechend der „Anti-Regierungs-Hypothese“ zu einer Opposition überlaufen, bei der ihre Interessen noch schlechter aufgehoben wären (*Rattinger/Puschner* 1981; *Krieger* 1985). Ihre Enttäuschung über die „eigene“ Regierung äußert sich also eher durch Wahlenthaltung und vermindertes Engagement der Aktivisten und Spender.
- 33 So erklärt offenbar *Rattinger* (1979) den Erfolg der Sozial-Liberalen Koalition bei den Bundestagswahlen 1976.
- 34 Hier ist auch der Punkt, an dem die auf die „Machtressourcen der Arbeiterbewegung“ abstellenden Theorien (*Korpi* 1983; *Esping-Andersen/Korpi* 1984; *Martin* 1986) ihren plausibelsten Erklärungsbeitrag leisten: In den skandinavischen Ländern und in Österreich hat die Präsenz der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei in allen gesellschaftlichen Institutionen einschließlich der Massenmedien in der Tat ein Meinungsklima gefördert, das eine „egoistische“ Neudefinition der Mittelschicht-Interessen zumindest verzögern konnte.
Ebenso wichtig ist vermutlich ein zweiter Zusammenhang: Auch wenn, wie viele Meinungsumfragen belegen, Arbeitslosigkeit von den Wählern weiterhin als ein wichtiges moralisches Problem angesehen wird, kann der Einfluß auf die Wahlentscheidung schwinden, wenn die Überzeugung um sich greift, daß auch die Arbeiterpartei kein Patentrezept zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung haben. Die politischen Folgen des von einer Arbeiter-Regierung zu verantwortenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit können also lange nachwirken.
- 35 Die Länge der Wahlperiode und die Nähe des nächsten Wahltermins sind hier von großer Bedeutung. Unabhängig von vielen anderen Unterschieden hat die fünfjährige Wahlperiode in Großbritannien den Übergang zum Monetarismus erleichtert, während der schwedische Dreijahres-Rhythmus eine ähnliche Wende zumindest riskanter erscheinen ließ.
- 36 Dies war besonders leicht, wenn man Arbeitslosigkeit deshalb als ein kurz- und mittelfristig unlösbares Problem definieren konnte, weil eine Arbeiter-Regierung die politische Verantwortung für den ersten Anstieg übernommen hatte. Aber auch unabhängig davon steigt bei längerer Dauer die Attraktivität dissonanz-reduzierender Argumente, die den moralischen Skandal der Massenarbeitslosigkeit in der Wohlstandsgesellschaft eher den Eigenschaften und dem Verhalten der Betroffenen als dem Versagen der Politik zuschreiben.
- 37 Die politische Interpretation schließt nicht aus, daß der Abbau von Arbeitslosigkeit auch aus ökonomischen Gründen schwieriger ist als ihre Vermeidung: Stillgelegte Produktionskapazitäten verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit, die berufliche Qualifikation und Arbeitsfähigkeit der Arbeitslosen verfällt, und die neu entstehenden Arbeitsplätze passen weder in ihrer regionalen Verteilung noch in ihrem Anforderungsprofil zu dem vorhandenen Bestand von Arbeitslosen.
- 38 Da die Folgen der Krise erst im Winter 1974/75 deutlich wurden, erscheint mir der knappe Labour-Sieg im Herbst 1974 nicht als Abweichung von dem hier vorgestellten Modell. Die schwedischen Sozialdemokraten sehen allerdings in ihrer Wahlniederlage von 1976 eher eine Reaktion auf ihre Nuklearpolitik als auf ihre Wirtschaftspolitik.
- 39 Die Bedeutung von Regierungswechsel für das „Framing“ der Null-Linie, von der aus Erfolg oder Mißerfolg gemessen werden (*Kabneman/Tversky* 1984) hat in der politischen Theorie noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden.
- 40 Ein Beispiel dafür war die Einigung auf das „EFO-Modell“ (*Edgren/Faxen/Odbner* 1973), das in den sechziger und frühen siebziger Jahren die Lohnkonkurrenz zwischen den „exponierten“ Exportbranchen und den „geschützten“ Sektoren der Wirtschaft geregelt hatte.
- 41 Trotzdem können kooperative industrielle Beziehungen auf der Ebene des Unternehmens oder der einzelnen Branchen die Einführung technischer Innovationen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern (*Streeck* 1986). Ob man hier jedoch von „Mikro-“ oder „Unternehmenskorporatismus“ (*Teubner* 1987) sprechen sollte, erscheint mir zweifelhaft.
- 42 Eher gibt es sogar einen umgekehrten Zusammenhang: Bei hoher Arbeitslosigkeit könnte eine aggressive Lohnpolitik allenfalls von einer machtvollen und zentralisierten Gewerkschaftsbewegung formuliert und durchgehalten werden, die, gerade indem sie die Arbeitslosigkeit kurzfristig weiter erhöht, das politische Scheitern einer monetaristischen Regierung herbeizwingen will. Nur wenn man diese Absicht unterstellt, erhält der Versuch der britischen Konservativen, die Organisationsmacht der Gewerkschaften zu schwächen (die aus keynesianischer Sicht dringend der Stärkung bedurft hätte), einen wirtschaftspolitischen Sinn.

- 43 Dennoch bleibt es wahr, daß fragmentierte industrielle Beziehungen einen stärkeren endogenen Lohnerhöhungsdruck erzeugen als zentralisiertere Systeme. Auch bei hoher Arbeitslosigkeit gibt es Unternehmen, denen es gut geht und berufliche Qualifikationen, nach denen eine Übernachfrage besteht. Diese „Nischen“ gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht werden nach wie vor durch fragmentierte Verhandlungssysteme ausgebeutet. Obwohl die Arbeitslosigkeit in Großbritannien viel höher war, stiegen deshalb die Reallöhne der noch Beschäftigten dort stärker als in Österreich, Schweden und in der Bundesrepublik.

Literaturverzeichnis

- Banting, Keith* (Hrsg.), 1986: *The State and Economic Interests*, Toronto.
- Barnes, Denis/Reid, Eileen*, 1980: *Governments and Trade Unions. The British Experience 1964–1979*, London.
- Berger, Suzanne* (Hrsg.), 1981: *Organizing Interests in Western Europe: Pluralism, Corporatism and Transformation Politics*, Cambridge, Mass.
- Blalock, Hubert M., Jr.* 1961: *Causal Inferences in Nonexperimental Research*, Chapel Hill.
- Bornstein, Stephen/Gourevitch, Peter*, 1984: *Unions in a Declining Economy: The Case of the British TUC*, in: *Peter Gourevitch u. a.*, 13–88.
- Cameron, David R.*, 1978: *The Expansion of the Public Economy: A Comparative Analysis*, in: *American Political Science Review* 72, 1243–1261.
- Cameron, David R.*, 1984: *Social Democracy, Corporatism, Labor Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society*, in: *John Goldthorpe* (Hrsg.), 143–178.
- Coleman, James S.*, 1964: *Introduction to Mathematical Sociology*, New York.
- Coleman, James S.*, 1974: *Power and the Structure of Society*, New York.
- Crouch, Colin*, 1982: *The Politics of Industrial Relations*, London, 2. Aufl.
- Crouch, Colin/Pizzorno, Alessandro* (Hrsg.), 1978: *The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968. Volume 2. Comparative Analyses*, London.
- Denzau, Arthur/Riker, William/Shepsle, Kenneth*, 1985: *Farquharson and Fenno: Sophisticated Voting and the Home Style*, in: *American Political Science Review* 79, 1117–1134.
- Edgren, Gösta/Faxén, Karl-Olof/Odbner, Clas-Erik*, 1973: *Wage Formation and the Economy*, London.
- Elster, Jon*, 1979: *Ulysses and the Sirens. Studies in Rationality and Irrationality*, Cambridge.
- Esping-Andersen, Gösta*, 1985: *Politics against Markets. The Social-Democratic Road to Power*, Princeton.
- Esping-Andersen, Gösta/Korpi, Walter*, 1984: *Social Policy as Class Politics in Post-War Capitalism: Scandinavia, Austria, and Germany*, in: *John Goldthorpe* (Hrsg.), 179–208.
- Fiorina, Morris P.*, 1978: *Economic Retrospective Voting in American National Elections: A Microanalysis*, in: *American Journal of Political Science* 11, 426–473.
- Flanagan, Robert J./Soskice, David W./Ulman, Lloyd*, 1983: *Unionism, Economic Stabilization and Incomes Policies: The European Experience*, Washington, DC.
- Frey, Bruno S./Schneider, Friedrich*, 1978: *An Empirical Study of Politico-economic Interaction in the United States*, in: *Review of Economics and Statistics* 60, 174–183.
- Frey, Bruno S./Schneider, Friedrich*, 1979: *An Econometric Model with an Endogenous Government Sector*, in: *Public Choice* 34, 29–43.
- Frey, Jon/Gordon, Robert J.*, 1981: *Government Intervention in the Inflation Process: The Econometrics of „Self-Inflicted Wounds“*, in: *American Economic Review* 71, 288–294.
- Funke, Michael*, 1986: *Nominalzinsen, Realzinsen und internationale Kapitalbewegungen*, Wissenschaftszentrum Berlin: Discussion Paper IIM/LMP 86–11.
- Garrett, Geoffrey/Lange, Peter*, 1986: *Performance in a Hostile World: Economic Growth in Capitalist Democracies, 1974–80*, in: *World Politics* 38, 517–545.
- Glaser, Barney G.*, 1978: *Theoretical Sensitivity. Advances in the Methodology of Grounded Theory*, Mill Valley, CA.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L.*, 1967: *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*, Chicago.

- Goldthorpe, John H.** (Hrsg.), 1984: *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*. Studies in the Political Economy of Western European Nations, Oxford.
- Gourevitch, Peter/Martin, Andrew/Ross, George/Allen, Christopher/Bornstein, Stephen/Markovits, Andrew**, 1984: *Unions and Economic Crisis: Britain, West Germany and Sweden*, London.
- Greenwald, Anthony/Pratkanis, Anthony A./Leippe, Michael R./Baumgardner, Michael H.**, 1986: *Under What Conditions Does Theory Obstruct Research Progress?*, in: *Psychological Review* 93, 216–229.
- Hall, Peter**, 1986: *Governing the Economy. The Politics of State Intervention in Britain and France*, Cambridge, Mass.
- Hannan, Michael T./Freeman, John**, 1977: *The Population Ecology of Organizations*, in: *American Journal of Sociology* 82, 929–964.
- Hannan, Michael T./Freeman, John**, 1984: *Structural Inertia and Organizational Change*, in: *American Sociological Review* 49, 149–164.
- Hibbs, Douglas A.**, 1977: *Political Parties and Macroeconomic Policy*, in: *American Political Science Review* 71, 1467–1487.
- Hibbs, Douglas A.**, 1982: *On the Demand for Economic Outcomes: Macroeconomic Performance and Mass Political Support in the United States, Great Britain, and Germany*, in: *Journal of Politics* 44, 426–462.
- Kahneman, David/Tversky, Amos**, 1984: *Choice, Values, Frames*, in: *American Psychologist* 39, 341–350.
- Kelley, Harold H.**, 1984: *The Theoretical Description of Interdependence by Means of Transition Lists*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 47, 956–982.
- Kloten, Norbert/Ketterer, Karl-Heinz/Vollmer, Rainer**, 1985: *West Germany's Stabilization Performance*, in: *Leon Lindberg und Charles Maier* (Hrsg.), 353–402.
- Korpi, Walter**, 1983: *The Democratic Class Struggle*, London.
- Krieger, Hubert**, 1985: „Anti-Regierungs-“ oder „Klientelthese“? Wirkungen persönlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Rahmen des etablierten Parteienspektrums (1980–85), in: *Politische Vierteljahresschrift* 26, 357–380.
- Lange, Peter/Garrett, Geoffrey**, 1985: *The Politics of Growth: Strategic Interaction and Economic Performance in the Advanced Industrial Democracies, 1974–1980*, in: *Journal of Politics* 47, 792–827.
- Lembruch, Gerhard/Schmitter, Philippe C.** (Hrsg.), 1982: *Patterns of Corporatist Policy Making*, London/Beverly Hills.
- Lindberg, Leon N./Maier, Charles S.** (Hrsg.), 1985: *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington, DC.
- Lowery, David**, 1985: *The Keynesian and Political Determinants of Unbalanced Budgets: U.S. Fiscal Policy from Eisenhower to Reagan*, in: *American Journal of Political Science* 29, 428–460.
- Lübbe, Hermann**, 1975: *Was heißt „Das kann man nur historisch erklären“? Zur Analyse der Struktur historischer Prozesse*, in: *ders.* (Hrsg.), *Fortschritt als Orientierungsproblem*, Freiburg, 154–168.
- MacRae, C. Duncan**, 1977: *A Political Model of the Business Cycle*, in: *Journal of Political Economy* 85, 239–263.
- Maital, Shlomo/Benjamini, Yael**, 1979: *Inflation as a Prisoner's Dilemma*, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 2, 459–481.
- Malinvaud, Edmond**, 1977: *The Theory of Unemployment Reconsidered*, Oxford.
- Marin, Bernd**, 1982: *Die Partitistische Kommission. Aufgeklärter Technokorporatismus in Österreich*, Wien.
- Marin, Bernd**, 1985: *Generalized Political Exchange: Preliminary Considerations*. Florenz, EUI Working Paper No. 85/190.
- Martin, Andrew**, 1984: *Trade Unions in Sweden: Strategic Responses to Change and Crisis*, in: *Gourevitch u. a.* (Hrsg.), 189–359.
- Martin, Andrew**, 1986a: *The Politics of Employment and Welfare: National Policies and International Interdependence*, in: *Keith Banting* (Hrsg.), 157–240.
- Martin, Andrew**, 1986b: *The End of the „Swedish Model?“ Recent Developments in Swedish Industrial Relations*, MS, Center For European Studies, Harvard University.
- Matzner, Egon/Kregel, Jan/Roncaglia, Alessandro** (Hrsg.), 1987: *Arbeit für alle ist möglich. Über ökonomische und institutionelle Bedingungen erfolgreicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik*, Berlin.

- Mayntz, Renate/Nedelmann, Birgitta*, 1987: Eigendynamische soziale Prozesse: Anmerkungen zu einem analytischen Paradigma, Ms. Köln/Florenz (erscheint in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*).
- MacGuire, William J.*, 1983: A Contextualist Theory of Knowledge: Its Implications for Innovation and Reform in Psychological Research, in: *Leonard Berkowitz* (Hrsg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, Vol. 16, Orlando, FL, 1–47.
- Messick, David M./McClelland, Carol L.*, 1983: Social Traps and Temporal Traps, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 9, 105–110.
- Miegel, Meinhard*, 1981: Sicherheit im Alter. Plädoyer für die Weiterentwicklung des Rentensystems, Stuttgart.
- Neck, Reinhard*, 1985: Das österreichische System der Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft aus politisch-ökonomischer Sicht, in: *Journal für Sozialforschung* 25, 375–403.
- Nordhaus, William*, 1975: The Political Business Cycle, in: *Review of Economic Studies* 42, 169–190.
- Olson, Mancur*, 1965: *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge, MA.
- Olson, Mancur*, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven.
- Palobeimo, Heikki*, 1984: Distributive Struggle, Corporatist Power Structures and Economic Policy of the 1970s in Developed Capitalist Countries, in: *ders.* (Hrsg.), 1–46.
- Palobeimo, Heikki* (Hrsg.), 1984: *Politics in the Era of Corporatism and Planning*, Tampere.
- Panitch, Leo*, 1979: The Development of Corporatism, in: *Philippe Schmitter und Gerhard Lehmbruch* (Hrsg.), 119–146.
- Peel, David A.*, 1982: The Political Business Cycle – Have We Seen the End of it?, in: *Long Range Planning* 15, 30–33.
- Pettigrew, Thomas E.*, 1967: Social Evaluation Theory: Convergences and Applications, in: *David Levine* (Hrsg.), *Nebraska Symposium on Motivation 1967*, Lincoln, 241–315.
- Piore, Michael J.* (Hrsg.), 1979: *Unemployment and Inflation. Institutional and Structuralist Views*, White Plains, NY.
- Pizzorno, Alessandro*, 1978: Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict, in: *Colin Crouch und Alessandro Pizzorno* (Hrsg.), 277–298.
- Przeworsky, Adam/Teune, Henry*, 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York.
- Putnam, Robert D.*, 1986: *The Logic of Two-Level Games: International Cooperation, and Western Summitry, 1975–1986*, Ms. Department of Government, Harvard University.
- Putnam, Robert D./Bayne, Nicholas*, 1984: *Hanging Together. The Seven-Power Summits*, London.
- Rapoport, Anatol/Guyer, Melvin J./Gordon, David G.*, 1976: *The 2 × 2 Game*, Ann Arbor.
- Rattinger, Hans*, 1979: Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift* 20, 51–70.
- Scharpf, Fritz W.*, 1981: The Political Economy of Inflation and Unemployment in Western Europe: An Outline, Wissenschaftszentrum Berlin: Discussion Paper IIM/LMP 81–21.
- Scharpf, Fritz W.*, 1982: Der Erklärungswert „binnenstruktureller“ Faktoren in der Politik- und Verwaltungsforschung, in: *Joachim Jens Hesse* (Hrsg.), *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. PVS Sonderheft 13*, Opladen, 90–104.
- Scharpf, Fritz W.*, 1984: Economic and Institutional Constraints of Full-Employment Strategies: Sweden, Austria and West Germany, in: *John Goldthorpe* (Hrsg.), 257–290.
- Scharpf, Fritz W.*, 1987a: Anmerkungen aus der Sicht der Institutionenforschung, in: *Egon Matzner/Jan Kregel/Alessandro Roncaglia* (Hrsg.), 241–350.
- Scharpf, Fritz W.*, 1987b: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das „Modell Deutschland“ im Vergleich, Frankfurt.
- Schelling, Thomas C.*, 1984: *Choice and Consequence*, Cambridge, MA.
- Schelling, Thomas C.*, 1984a: What is Game Theory?, in: *Thomas C. Schelling* (Hrsg.), 213–242.
- Schlenker, Barry R.*, 1974: Social Psychology and Science, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 29, 1–15.
- Schmidt, Manfred G.*, 1982: Does Corporatism Matter? Economic Crisis, Politics and Rates of Unemployment in Capitalist Democracies in the 1970s, in: *Gerhard Lehmbruch und Philippe C. Schmitter* (Hrsg.), 237–258.

- Schmidt, Manfred G.*, 1983: The Welfare State and the Economy in Periods of Economic Crisis: A Comparative Study of Twenty-Three OECD Nations, in: *European Journal of Political Research* 11, 1–26.
- Schmidt, Manfred G.*, 1985: *Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Bilanz der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt.
- Schmidt, Manfred G.*, 1986: Politische Bedingungen erfolgreicher Wirtschaftspolitik – Eine vergleichende Analyse westlicher Industrieländer, in: *Journal für Sozialforschung* 26, 251–273.
- Schmidt, Manfred G.*, 1987: West Germany: The Policy of the Middle Way, in: *Journal of Public Policy* 7, 135–177.
- Schmitter, Philippe C.*, 1974: Still the Century of Corporatism?, in: *Review of Politics* 36, 85–131.
- Schmitter, Philippe C.*, 1981: Interest Intermediation and Regime Governability in Contemporary Western Europe and North America, in: *Suzanne Berger* (Hrsg.), 287–327.
- Schmitter, Philippe C./Lehmbruch, Gerhard* (Hrsg.), 1979: *Trends Toward Corporatist Intermediation*, London.
- Shepsle, Kenneth A.*, 1986: Cooperation and Institutional Arrangements, Paper prepared for the Harvard Conference on International Regimes and Cooperation, February 13–15, 1986.
- Streeck, Wolfgang*, 1981: Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie, Königstein.
- Streeck, Wolfgang*, 1982: Organizational Consequences of Neo-Corporatist Cooperation in West German Labor Unions, in: *Gerhard Lehmbruch/Philippe C. Schmitter* (Hrsg.), 29–81.
- Streeck, Wolfgang*, 1984: Neo-Corporatist Industrial Relations and the Economic Crisis in West Germany, in: *John Goldthorpe* (Hrsg.), 291–314.
- Streeck, Wolfgang*, 1986: Kollektive Arbeitsbeziehungen und Industrieller Wandel: Das Beispiel der Automobilindustrie, Wissenschaftszentrum Berlin: Discussion Paper IIM/LMP 86–2.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C.*, 1985: *Private Interest Government. Beyond Market and State*, London.
- Swidler, Ann*, 1986: Culture in Action: Symbols and Strategies, in: *American Sociological Review* 51, 273–286.
- Teubner, Gunther*, 1987: Unternehmenskorporatismus. New Industrial Policy und das „Wesen“ der Juristischen Person, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 1987, 61–85.
- Therborn, Göran*, 1986: Why Some Peoples Are More Unemployed Than Others. The Strange Paradox of Growth and Unemployment, London.
- Tufte, Edward R.*, 1978: *The Political Control of the Economy*, Princeton.
- Weintraub, Sidney*, 1978: *Capitalism's Inflation and Unemployment Crisis*, Reading.
- Wilensky, Harold L./Turner, Lowell*, 1987: *Democratic Corporatism and Policy Linkages. The Interdependence of Industrial, Labor-Market, Incomes, and Social Policies in Eight Countries*, Berkeley.
- Woolley, John T.*, 1985: Central Banks and Inflation, in: *Leon N. Lindberg/Charles Maier* (Hrsg.), 318–351.